

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postsparkassakonto 57644.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, vierteljährlich 48.— Kč, halbjährig 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120.— SK, für Deutschland 16.— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Deutschland am Scheidewege.

Reichskanzler Wirth sieht das Reich am Scheidewege und Rettung oder Untergang als zwei nahegerückte Möglichkeiten. Nicht der innere Sturm allein macht die nächsten Tage und Wochen so entscheidungsträchtig, sondern der verhängnisvolle Umstand, daß sich das Schicksal Oberschlesiens und damit der deutschen Wirtschaft entscheiden soll, während die Parteien einander bis aufs Blut zerfleischen. In diesem Hin und Her von Zielen, von dunklen Nachenschaften und geheimen Hoffnungen den rechten Weg zu wählen, ist eine verantwortungsvolle und nur von einem Ministerpolitiker voll zu bewältigende Aufgabe. Die Rücksicht auf die Völkervereinigung verlangte, daß Deutschland in den Augen der Welt so vertrauenswürdig dastehet, daß selbst die besten Willen ihm die Fähigkeit, Oberschlesien zu verwalten, nicht absprechen kann. Behaupten die Rechtsparteien ihre Stellung und dürften sie ihr verwegenes Spiel mit Kontrollverfassungen, Stahlhelmparaden und Prinzenrevuen weiter spielen, dann ist dieses Vertrauen endgültig verlohren. Alle chauvinistischen Deutschlandfeinde der ganzen Welt beten in diesen Stunden gewiß zu Gott, daß die Soldaten und Junkersöhne ihre alte, widerliche Frechheit bewahren und so für jede Vergewaltigung Deutschlands den erwünschten Vorwand hergeben möge. Ihnen hat die Verordnung der Reichsregierung, welche republikanische Zeitungen, Versammlungen und Paraden streng verbietet, einen bösen Streich gespielt. Es fragt sich nur, ob dieser Stieb sich auch voll auswirken wird, weil Wirth möglicherweise Bedenken hegen wird, den Bogen allzu straff zu spannen. Eiserne Energie hat den Mann bisher eben nicht ausgezeichnet und allzu sicher kann er sich auch nicht fühlen, solange der weitmächtigste Bundesstaat, Herr von Nahrs pechschwarzes Bayern jeden energigisch-republikanischen Schritt der Reichsregierung grundsätzlich sabotiert. Hier an die Fiar hat sich aus der Kumpelkammer altersschwacher Ideen geschüchelt, was immer im dunkelsten Deutschland davon aufzutreiben war: Jener Partikularismus, der bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts sich in einem lächerlichen Duodeszistentum austoben durfte; der Haß des katholischen Analphabeten gegen den „hellen“ protestantischen Preußen. Anbetung der Uniform und des „angestammten“ Herrscherhauses von Gottes Gnaden; die seit den Tagen Napoleons nicht mehr verstummte, von Habsburg immer begonnene Sehnsucht nach der Hegemonie in des Kaisers Land; dazu die Selbstgefälligkeit des Kunstverlassenen Spielers über seine Kunststadt; sein Reich, daß er (beileibe nicht aus Ehrlichkeit, sondern aus Dummheit) den Krieg weniger fruchtbar auszunutzen verstand als der „Berliner Saujud“, und dergleichen edle Redewendungen mehr. Aber Borniertheit, Schwerfälligkeit und Dickköpfigkeit liefern einen Wall, den Herr von Nahs für fest genug hält, um sich hinter ihm zu verschanzen und den Wirthschen Verordnungen zu trotzen. Er begnügt sich also nicht bloß, förmlich gegen sie zu protestieren, sondern läßt Offiziere weiter in jener Uniform herumlaufen, die sie durch ihre Einfischlosigkeit am ärgsten geschändet haben; er duldet es und sorgt wohl noch dafür, daß die verbotenen Mörderblätter „Miesbacher Anzeiger“ und „Böhmischer Beobachter“ weiter erscheinen und stemmt sich mit Händen und Füßen gegen eine Aushebung des bereits zwei Jahre wehrenden Ausnahmezustandes in Bayern. Weiß er doch, daß im selben Augenblick die von den Fesseln erlöste Arbeiterschaft, wovon eine Nürnberger Versammlung genügend Zeugnis ablegte, sein Gewaltregiment hinwegfegen würde, und das „demokratische“ Bürgerium des Reiches springt ihm, muß man fürchten, in seinem Bestreben bei. Wenigstens hat es den Antrag des Genossen Dittmann, zur Ei-

herung der Regierungsbeschlüsse in Bayern gegebenen Falls die Reichsexekutive einzuleiten, im „Ueberwachungsausschuh“ abgelehnt und Verhandlungen mit Nahs empfohlen — die erste, verhängnisvolle Halbheit, die bittere Folgen zeitigen kann, weil sie der Junkerklasse Mut macht. Diese weiß zu genau, daß es diesmal um Leben und Tod geht, sie wird sich mit Verleertermut ihrer Haut wehren, und die Tollhäußeransprüche des „Miesbacher Anzeigers“ lassen ahnen, daß sie auch vor Arbeiter-, Demokraten- und Judenpogromen nicht zurückzuschrecken gewillt ist, sobald es sich um ihre letzte Position handelt. Zwischen diesem Willen und seiner Ausföhrung liegt freilich noch eine große Kluft, aber er kann, schmeiternd in die Welt gerufen, immerhin genügen, um Wirth den Mut zum Aushalten zu rauben. Wir sagten: mit der Ausföhrung hat es seine guten Wege, und dachten dabei an den Widerstand der Arbeiterklasse, der konsequent organisiert und durchgeföhrt, der Junkernarilla ohne Kaiser den Mut zum Losschlagen gewiß nehmen würde. Weder im Herbst 1910 noch gelegentlich des Nahs-Putsch haben die hohen Herren bewiesen, daß ihr Mut an die Größe ihres Maules heranreicht, und so werden sie auch diesmal, wenn man ihnen die Faust unter die Nase hält, sich mit dem Tarnworte „Heil“ begnügen. Aber einig muß die Arbeiterschaft ihnen gegenüber sein, sie darf nicht, wie in den Tagen des Umsturzes, um den konservativen Feind zu zwingen, allzu viele Konzessionen an das liberale Bürgerium machen. Daß Arbeiter und Bürger vereint die Schanze der Rückwärtsritter stürmen, ist gut und notwendig. Aber das muß geschehen, indem die revolutionäre Arbeiterschaft ihre Verbündeten nach links fortzieht, statt sich von ihnen leise nach rechts ziehen zu lassen. Nach dieser Richtung gibt die Unterredung, welche von einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ mit Vizekanzler Bauer hatte, einiges zu denken, wenn er bei den Unabhängigen mit Genehmigung eine „Entwärtung zum demokratischen Standpunkt“ feststellen zu dürfen meinte. Denn in Wahrheit hofft er damit auf eine Hintertreibung der Unabhängigen zum wahrheitssozialistischen Bekenntnisse, welche die heutige keimereiche Situation ebenso verderben könnte, wie die ähnliche im November 1910. Wir sind überzeugt, daß unsere unabhängigen Freunde diesen Weg ebenso wenig gehen werden, wie sie sich auch nicht von den Kommunisten, die bisher übrigens einiges blaß gehalten haben, in eine Abenteuerpolitik werden hineinreißen lassen. Auf der zielbewußten Zukunft der Unabhängigen ruht heute die Zukunft des Reiches. Nur sie kann den trotz aller Feindschaft verbündeten Militaristen Deutschlands und Frankreichs die Waffe aus der Hand winden und beweisen, daß Deutschland nicht der ewige Friedestörer der Welt ist, nur sie kann so Oberschlesien bei seinem Stammland erhalten und damit bewirken, daß die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands aus einem gesicherten Boden heraus ruhig und glanzvoll gedeihe.

Die Herausforderungen der reichsdeutschen Nationalisten.

In Berlin drei verwundete, in Chemnitz ein toter Arbeiter.

Berlin, 1. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). In Strahlan bei Berlin, das fast ausschließlich Arbeiterbevölkert hat, wurde am Samstag beim Belanntwerden einer trotz des Verbotes stattfindenden Sedanfeier eine große Erregung bemerkbar. Als einige Arbeiter den Wirt des Lokales fragten, um was für eine Feier es sich eigentlich handelt, erklärte dieser, daß die Leute bei ihm eine Geburtstagsfeier angemeldet hätten. Als die Arbeiter den Saal betraten wollten, fielen sofort von hinten

Schüsse. Die Arbeiter, die vollständig unbewaffnet waren, holten sich aus dem Garten Zaunlaten und Gartenhühle und suchten die Revolverhelden zu entwaffnen, wobei sich eine Schlägerei entspann. Nach halbstündigem Kampfe, wobei von den Geburtstagsfeiernden mindestens 300 Schüsse abgegeben wurden, ergriff der größte Teil dieser Helben die Flucht. Ein Teil wurde von den Arbeitern entwaffnet. Die Geburtstagshelden hatten etwa 10 Verwundete, deren Verletzungen nur von Schlägen herröhren, während drei Arbeiter Schußverletzungen davontrugen, einer von ihnen ist schwer verletzt. Den Geburtstagshelden wurden Gummiknüppel, Revolver, Schlagringe und Munition abgenommen.

In Danabrick hatte die Deutsche Volkspartei ebenfalls eine Sedanfeier veranstaltet. Für die 300 Besucher hatte der Polizeidirektor 70 Polizeibeamte aufgebolen. Ein Professor verherrlichte in einer Festrede Krieg und Monarchie. Die Arbeiter ließen sich trotz der Provokation durch schwarz-weiß-rote Fahnen nicht herausfordern.

In Chemnitz versöhnten die Arbeiter die Sedanfeier in den Schulen zu verhindern. In einem Gymnasium entstand ein Handgemenge, wobei ein Bauarbeiter von einem mit Waffen versehenen Schüler erschlagen wurde.

Die Umbildung der preussischen Regierung.

Berlin, 3. September. Dem „Tageblatt“ zufolge hatte der preussische Landtagspräsident Veinert gestern Besprechungen mit dem Reichspräsidenten Ebert und dem Ministerpräsidenten Stegertwald über die Frage der Umbildung der preussischen Regierung. Bekanntlich wird im Zusammenhang mit dieser Umbildung der Regierung auch der Wiedereintritt der Sozialdemokraten lebhaft erörtert. Ob ein solcher, wenn er erfolgt, die Bildung einer proletarischen Einheitsfront begünstigen würde, darf man füglich bezweifeln. Uns handelt es sich nicht um Koalition mit den Bürgerlichen, sondern um den Aufstieg des Gesamtproletariats zum entscheidenden Faktor im Staate.

Bayern lenkt ein.

Berlin, 3. September. Wie die Blätter mitteilen, fand gestern Nachmittag eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth, dem bayerischen Gesandten Preger, dem bayerischen Staatssekretär Schweyer und dem Führer der bayerischen Demokraten Abg. Dr. Dir über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern statt. Das Ergebnis der Besprechungen wird der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses mitteilen. Die Blätter sind der Ansicht, daß sich die bayerische Regierung nicht auf einen ablehnenden Standpunkt stellen und daß ein Konflikt zwischen dem Reich und Bayern vermieden werden dürfte. Zu der Verordnung des Reichspräsidenten über die Maßnahmen zum Schutze der Republik hat die sächsische Regierung eine Erklärung abgegeben, in der sie die Unterstützung der Maßnahmen für Sachsen zusichert. In der Erklärung wird namentlich von allen Beamten verlangt, daß sie die sächsische Regierung in ihrem Bestreben, die republikanisch-demokratischen Einrichtungen zu schützen, unterstützen.

Berlin, 3. September. Wie den Blättern aus München berichtet wird, ist gegen den „Miesbacher Anzeiger“, wegen des am Donnerstag von ihm veröffentlichten Artikels ein Verfahren wegen groben Unfugs eingeleitet.

Berlin, 3. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Im Ueberwachungsausschuh des Reichstages berichte heute der Reichskanzler über die Verhandlungen mit Bayern wegen der Aufhebung des Ausnahmezustandes. Er glaubt, sagen zu dürfen, daß man in den nächsten Tagen zu einer Verständigung kommen werde. Der unabhängige Abgeordnete Unterleithner brachte darauf ein außerordentlich umfangreiches Material zur Handhabung des Belagerungszustandes in Bayern bei, wies auf die unterschiedliche Behandlung der Linken und der Rechten dabei hin und setzte sich für die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern ein. Der Abgeordnete Dittmann unternahm einen heftigen Vorstoß gegen die Regierungsmassnahmen Bayerns. Die unabhängigen Abgeordneten forderten in einem Antrag die Reichsexekutive gegen Wirth, während die bürgerlichen Parteien durch Verhandlungen die Beseitigung des bayerischen Belagerungszustandes erreichen wollten.

Wirths Bekenntnis zum Proletariat.

Berlin, 3. September. Aus der gestrigen Rede des Reichskanzlers im Ueberwachungsausschuh haben die Blätter mit besonderem Nachdruck die Stelle hervor, in der Dr. Wirth erklärte, falls es zu der Entscheidung: „die Bürgerium“, „die Proletariat“ käme, möchte er keinen Zweifel darüber lassen, daß er auf der Seite des Proletariats stehen werde.

Demonstrationen für die Republik.

Kiel, 2. September. Ein mehrere hundert Mann starker Trupp durchzog am Nachmittag und Abend die Stadt und zerstörte namentlich die an den Geschäften befindlichen Hofflieferanten-Schilder. Eine schwarz-weiß-rote Fahne wurde von einem Balkon heruntergerissen und verbrannt.

Berlin, 3. September. (Wolff.) Im Ueberwachungsausschuh des Reichstages begrüßte Dr. Beyerle (bayer. Volkspartei) die Momente der sich anbahnenden Beruhigung in den Beziehungen zwischen Reich und Bayern und sagte, der bayerische Ausnahmezustand sei absolut nicht verfassungswidrig und solle lediglich Gewalt bekämpfen, komme sie von links oder rechts. Reichskanzler Wirth erwiderte: Wir haben bereits gestern mit beauftragten Herren aus Bayern die Gesamtlage, wie sie sich im Reich und in Bayern ergeben hat, eingehend und sachlich durchgesprochen. Alle drei Herren aus Bayern haben mir mitgeteilt, daß sie gerne bereit sind, sofort in Verhandlungen mit dem bekannten Ziele einzutreten. Es hat sich aber bei der Besprechung herausgestellt, daß dort eine Reihe von Mißverständnissen vorhanden war. Ich habe den Herren aus Bayern angeboten, daß die bayerische Staatsregierung zunächst auf Grund des Verdictes, den die Herren in München erstatten wollen, zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen solle und daß wir dann anfangs nächster Woche hier in Berlin wieder zusammenkommen wollen, um die Verattungen, wie ich hoffe, zu einem guten Ende zu bringen. Die bayerischen Herren haben dieser meiner Anregung zugestimmt und werden sich spätestens Mittwoch zu diesen Beratungen mit uns wieder zusammensetzen.

Die deutsche Volkspartei entscheidet sich für die republikanische Konjunktur.

Berlin, 3. September. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu der gestrigen Debatte im Ueberwachungsausschuh: Starckes Aufsehen machte die Erklärung des Abg. Kahl, daß die deutsche Volkspartei zur repu-

billigen Verfassung Hehe, welche Erklärung auf Wunsch des früheren sozialdemokratischen preussischen Ministerpräsidenten Braun vom Vorsitzenden der deutschen Volkspartei Stresemann wiederholt und offiziell bekräftigt wurde. Die „Voss. Ztg.“ bemerkt hierzu, auf der sozialdemokratischen Partei liege eine schwere Verantwortung, wenn sie aus unsachlichen Gründen die von der Volkspartei ausgestreckte Hand zurückweise in einem Augenblicke, wo die Bedrohung der Republik so scharfe Maßnahmen notwendig mache. Der „Vorwärts“ erklärt, die Partei des Herrn Stresemann hat es nur ihrer widerprüchlichen Politik selbst zuzuschreiben, wenn man in ihre Sozialistischerklärungen berechtigtes Mißtrauen setzt. Ihre Betenungen sehen darnach aus, daß die Herren gerne den Anschluß an die Regierung, wenn nicht im Reich, so in Preußen erreichen wollen.

Die Pflicht der Proletarierin im politischen Kampf.

von Luise Zieb-Berlin.

Bis in die jüngste Zeit hinein wurde von den politischen Machthabern, namentlich in den mitteleuropäischen Ländern, alles getan, um den Frauen die politische Betätigung zu erschweren. Reaktionsäre Vereins- und Versammlungsgesetze hielten die Frauen vom politischen Kampfplatz fern und die wichtigste politische Waffe, das Wahlrecht, wurde als „selbstverständliches“ Vorrecht der Männer proklamiert und mit Reizen und Fährten gegen die, gleiches Recht für beide Geschlechter fordernden Frauen und sozialistischen Parteien verteidigt. Aber die ökonomische Entwicklung hat nicht nur die kapitalistischen Profitmöglichkeiten in schier unübersehbarer Fülle und zu ungeahnter Höhe entwickelt; sie hat damit gleichzeitig in stets wachsender Zahl die Frauen aus der Enge des Hauses hinausgeführt in das gewaltige Getriebe des wirtschaftlichen Lebens, hat sie unmittelbar persönlich der kapitalistischen Ausbeutung unterstellt. Damit waren auch sie, durch ihre warentproduzierende Arbeit zu einer enormen Profitquelle für das Kapital geworden, aber allmählich wurden sie auch schennd, erkannten ihre persönliche und ihre Klassenanliegen, im Gedankenaustausch mit ihren männlichen Arbeitsgenossen wurde ihr Gesichtskreis erweitert, ihre Urteilskräfte geschärft, und nun empfanden sie ihre politische Rechtlosigkeit als bald als Fesseln, als unerträglichen Zustand. In langem, zähem Kampfe ist schließlich das Gitter zertrümmert worden, das in Gestalt der rückständigen Vereinsgesetze die Frauen vom politischen Kampfplatz ferngehalten.

Der Kampfplatz war erobert, aber waffenlos hatten sie ihn betreten. Das Wahlrecht, dieses vornehmste Staatsbürgerrecht, welches den direkten Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung ermöglicht, wurde ihnen weiter vorenthalten. Alle Staatsbürgerpflichten wurden ihnen aufgebürdet, das wichtigste Recht ihnen jedoch unter den fadenscheinigsten und spießbürgerlichsten Vorwänden weiter streitig gemacht.

Da kam mit dem militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte im Weltkrieg die Revolution. Die gepeinigten und geschundenen Völker jagten ihre „großen“ und kleinen gekrönten Häupter davon, sofern sie nicht schon vorher in erbärmlicher Feigheit aus dem Land geflohen waren, und wie mit vielen anderen Gefesseln und Ketten, die sich wie ein ewige Krankheit fortgeerbt hatten, wurde auch mit der politischen Rechtlosigkeit verfahren, sie verschwand. Aktives und passives Wahlrecht wurde den Frauen eingeräumt, ihre Staatsbürgerschaft damit offiziell anerkannt. Dieses Recht verpflichtet aber auch die Frauen. Es verpflichtet sie nicht nur zur Ausübung des Wahlrechts, es verpflichtet sie zum eifrigen Studium der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge; denn nur so können die Frauen den richtigen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen. Geschicht das nicht, werden sie eingefangen von reaktionären Parteien, die vor den Wahlen den Wählern und besonders den weiblichen, alles mögliche versprechen, bausend auf ihre Unwissenheit und ihr schnelles Vergessen, um nach der Wahl, wenn sie mit Hilfe der Frauen gewählt sind, deren eigenes und deren Klasseninteresse um so besser mit Füßen treten zu können. In den meisten europäischen Ländern, insbesondere in den südöstlichen, macht sich zudem in wachsendem Maße die Reaktion breit. Fest und sicher stehend auf dem echnen Boden unserer sozialistischen Grundsätze, gilt es in kuger Taktik und mit Einsetzung der gesammelten Kraft des Proletariats dagegen den Kampf zu führen. Die Frauen, als die größte Hälfte der Bevölkerung und unserer Klasse dürfen bei diesem Kampfe unter keinen Umständen fehlen. Sie, als die doppelt Interessierten, als Person

und in den meisten Fällen als Mütter, die für eine lichtere Zukunft ihrer Kinder sich sorgen, müssen in den ersten Reihen der Kämpfenden stets zu finden sein. Dem Willen der Reaktion gegenüber wird das gesamte Proletariat, Männer und Frauen, im gemeinsamen Kampfe bald Sieger werden. Die persönliche Pflicht jeder einzelnen Frau weitet sich in diesem Zusammenwirken so zu einer wichtigen geschichtlichen Pflichterfüllung der ganzen Klasse.

Zusammengeschart in der sozialistischen Partei, als dem organisatorischen Rahmen für die Einheit des Zusammenwirkens, geistig verbunden durch die gemeinsame Weltanschauung und die gemeinsame Presse, die objektiv über alle politischen und wirtschaftlichen Vorgänge orientiert, werden die Frauen bei gemeinsamer Arbeit in der Partei, für diese und für die Partei- und die Frauengattung, in gemeinsamer Bildungsarbeit und dem gemeinsamen politischen Kampfe hoch über das Alltagsleben hinaus, gehoben. Unsere Kämpfe gegen Reaktion, Feudalismus, Arbeitslosigkeit und alles, was uns sonst noch drückt und knechtet, werden erleichtert, abgekürzt, siegreicher werden, erfüllen die Frauen ihre Pflicht im Kampfe neben den Männern ihrer Klasse. Sie selbst werden geistig und moralisch emporsteigen, wie wir es überall an den Proletariern erlebt haben in der Arbeiterbewegung, und mit vereinter Kraft werden die Proletarier beider Geschlechter den Weg bahnen, der uns emporführt aus dem Dunkel und dem Elend der Gegenwart zu den sonnigen Höhen des menschenbefreien Sozialismus. Dieser Tatsache müssen die Frauen eingedenk sein und dem entsprechend handeln.

Tschechischer Nationalismus — Tschechische Sozialdemokratie.

In der letzten Zeit hat sich der „Cas“ in einer Reihe von Artikeln mit der Frage der Vereinigung der tschechischen Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten beschäftigt. Es ist kein Wunder, wenn jetzt, da die neue parlamentarische Regierung gebildet werden soll, das Problem der Einigung der beiden Parteien, das seit der Entstehung der tschechoslowakischen Republik schon mehrmals aktuell war, neu auftaucht. Beide Parteien werden ihre Vertreter in der Regierung haben, beide verschaffen einen mehr oder weniger gemäßigten Reformsozialismus, beide sind „staatsbehaltend“. Die Annäherung der beiden Parteien ist bezeichnend für die gegenwärtige politische Situation, wie denn überhaupt das Verhältnis der nationalen Arbeiterbewegung zur sozialdemokratischen, die Entwicklung des Klassenbewusstseins des tschechischen Proletariats und sein Verhältnis zur nationalen Frage widerspiegelt.

Die tschechische Arbeiterbewegung ist in den 70er Jahren zunächst als Anhangsel der beiden bürgerlichen Parteien, die damals das tschechische Volk politisch repräsentiert haben, entstanden. Sowohl die konservativen Alttschechen als auch die liberalen Jungtschechen brauchten damals zur Führung ihres staatsrechtlichen Kampfes die Massen der tschechischen Arbeiter. So gründeten damals die Alttschechen die „Dělnice Noviny“, die Jungtschechen die „Dělnice Listy“, welche beide aber nach kurzer Zeit eingingen, denn schon im Jahre 1872 trennte sich die sozialistische Arbeiterbewegung von der nationalen, indem der erste bedeutende sozialdemokratische Führer im tschechischen Volke J. B. Becka den Trennungsschritt zwischen sich und dem jungtschechischen Arbeiterführer Barak zog und 1873 das erste sozialdemokratische Programm aufstellte. Das Erwachen der sozialistischen Arbeiterbewegung im tschechischen Volke war gleichbedeutend mit der Loslösung der tschechischen Arbeiter von den nationalen Parteien.

Ein zweitesmal machte das tschechische Bürgertum einen großangelegten Versuch, die Arbeiter vor den Wagen seiner staatsrechtlichen Forderungen zu spannen, als die ersten tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten in ihrer berühmten antistaatsrechtlichen Erklärung im Jahre 1897 es neuerdings in feierlicher Form ablehnten, für das nationale politische Ziel des tschechischen Bürgertums zu kämpfen. Damals schufen die Jungtschechen als Kampftruppe gegen die tschechische Sozialdemokratie die tschechischen Nationalsozialisten, deren Führer Klossa wurde. Dank der nationalen Einstellung der tschechischen Arbeiter, die eine Folge davon war, daß die tschechischen Arbeiter ihren sozialistischen und kulturellen Kampf gegen deutsche Unternehmer und die durch deutsche Beamte repräsentierte Staatsgewalt führten, gewann die nationalsozialistische Partei größere Mengen von Anhängern unter den proletarischen und halb proletarischen Schichten des tschechischen Volkes, sowie im Kleinbürgertum. Die Bewegung wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit so stark, daß sie die Verbindung mit der bürgerlichen Mutterpartei löste und sich selbstständig machte. Sie schritt sogar zur Bildung von Gewerkschaften, welche von den tschechischen Sozialdemokraten als gelbe Gewerkschaften angesehen wurden, sodas zwischen der tschechischen Sozialdemokratie und den Nationalsozialisten bald unversöhnliche Feindschaft entstand. Die tschechischen Sozialdemokraten machten trotzdem der neuen Bewegung insofern Konzessionen, als sie einen Teil der Ideologie der nationalen Ar-

beiterbewegung übernahmen. Daß die Massen der tschechischen Arbeiter nicht in die von den Nationalsozialisten begründeten Gewerkschaften eintraten, wurde mit einer der Gründe auch der Loslösung der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiter von den internationalen Gewerkschaften des alten Oesterreich und hat so die Entwicklung der gesamten Arbeiterbewegung in Oesterreich dauernd beeinflusst, die jahrelange Entfremdung zwischen deutschen und tschechischen Arbeitern herbeigeführt.

In der Partei der Nationalsozialisten sammelten sich jedoch nicht nur die nationalen Elemente der tschechischen Arbeiterschaft, sondern auch ein Teil des radikal-nationalen Kleinbürgertums. Während die tschechische Bourgeoisie zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts Interesse an einem großen Wirtschaftsgebiet gewann und daher eher die Neigung zeigte, die staatsrechtliche Ideologie abzustoßen, sich mit dem Bestand Oesterreichs abzufinden, war dem Kleinbürgertum, das sich naturgemäß eine gewisse ökonomische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in dem weiterverzweigten Netz des österreichischen Wirtschaftslebens bewahrt hat, der nationale Radikalismus besonders gelegen. Da jedoch der Bestand des Kleinbürgertums von der großen Industrie immer mehr gefährdet wurde, konnten auch antisozialistische Gedankengänge im Kleinbürgertum Eingang finden und so wurde die nationalsozialistische Partei, die national und antisozialistisch zugleich war, nicht nur die Partei der Arbeiter und Beamten, sondern auch die Partei des tschechischen Kleinbürgertums. Ihr Antikapitalismus war ungefähr von der Art, wie der in Wien von Bogelfang propagierte christliche Sozialismus, so wie in Wien Sozialdemokraten und Christlichsozialisten sich am heftigsten bekämpften, weil sie um die Seelen der Arbeiter rangen, so waren bis zum Ausbruch des Krieges die tschechischen Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten die heftigsten Gegner.

Der Krieg hat alle tschechischen Parteien im Kampfe gegen Habsburg zusammengeschweißt, alle Klassen des tschechischen Volkes, Bourgeoisie und Bauern, Kleinbürger und Arbeiter öffneten vom Kriege die Befreiung aus der jahrhundertelangen Bedrückung durch die Habsburger. Zu gleicher Zeit wurden aber die tschechischen Arbeiter revolutioniert, nicht nur diejenigen, die in den Reihen der Sozialdemokraten standen, sondern auch jene, die der nationalsozialistischen Politik Gefolgschaft leisteten. Unter den Einwirkungen der Kriegsverhältnisse vollzogen die Nationalsozialisten vorwiegend unter dem Einflusse ihres Führers Dr. Frank eine Schwelung zum Sozialismus und gaben sich auf ihrem Parteitag, der vom 20. März bis zum 1. April 1918 dauerte, ein sozialistisches Programm. Als wirtschaftliche und soziale Ziele ihres Kampfes wurden angeführt:

„Durch eine eigene Staatsgewalt und den wirtschaftlich-politischen Kampf soll die tschechische Gesellschaft aus einer kapitalistischen in eine sozialistische umgewandelt werden. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen soll beseitigt, das Lohnsystem aufgehoben, die Organisation des Wirtschaftslebens gemäß den Interessen der ganzen Gesellschaft und nicht gemäß den Interessen einzelner gestaltet werden, die politische Gleichheit muß durch die soziale Gleichheit ergänzt werden und durch materielle Sicherstellung eines jeden Arbeiters seine individuelle Entwicklung und sein Glück gemäß seinen Fähigkeiten und Neigungen gesichert werden.“

Auf diesem Parteitag erklärte Klossa, daß sich die Nationalsozialisten zur sozialistischen Weltinternationale melden und der Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie Remec fand den stürmischen Beifall des ganzen Parteitages, als er erklärte: „Der politische Kampf der tschechischen Sozialdemokratie innerhalb der eigenen Nation ist auf dem Klassengegensatz zwischen der Klasse der Ausbeuter und der Klasse der Ausbeuteten begründet.“ Diese Entwicklung führte zu einem gemeinsamen Vorgehen beider Parteien in den letzten Monaten des Krieges und in den Tagen, da die jahrhundertelange Sehnsucht des tschechischen Volkes, wieder einen eigenen Staat zu besitzen, Erfüllung fand.

In den Monaten des nationalen Taumels, von dem das gesamte tschechische Volk in allen seinen sozialen Schichten ergriffen wurde, war die Möglichkeit der Vereinigung der beiden Parteien so nahe der Verwirklichung wie nie vorher. Am Weihnachtsparteitag der tschechischen Sozialdemokratie im Jahre 1918 war diese Frage als eigener Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, der Referent Sempel erklärte die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung im tschechischen Volke als unbedingte Notwendigkeit und nur die Sorge um die Reinheit der Grundsätze der Partei war es, wie Sempel sich ausdrückte, welche die Vereinigung nicht zur Tat werden ließ. Immerhin dauerte das enge Zusammenarbeiten beider Parteien auch im Jahre 1919 an. Beide Parteien schlossen sich in der Revolutions-Nationalversammlung zum sozialistischen Block zusammen und noch die Gemeindevahlen im Juni 1919 sahen die beiden Parteien in halber Eintracht. Bei den Wahlen der Vorsteher in den tschechischen Gemeinden gingen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gemeinsam vor.

Wald darauf trat jedoch eine entgegengesetzte Entwicklung ein. In einem Teil der tschechischen Arbeiterschaft fing die Erkenntnis an,

sich Bahn zu brechen, daß die Revolution des Jahres 1918 an der sozialen Lage der Arbeiter nicht viel geändert habe, daß zwar der tschechische Staat anstelle des Habsburgerstaates getreten, aber die kapitalistische Gesellschaftsordnung in ihrem Grundcharakter dieselbe geblieben war, wie in den Zeiten der Habsburgerherrschaft. Das stärkte den linken Flügel in der tschechischen Arbeiterbewegung, in dem naturgemäß bald kommunistische Gedankengänge auftraten, was zur Entfremdung der tschechischen Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten beitrug. Dazu kam noch, daß die tschechische Sozialdemokratie ihren extrem-nationalistischen Flügel, der die Verbindung mit den Nationalisten am heftigsten suchte (Modracel, Sudec) ausschied. Die Stellung zur russischen Revolution schied die Geister in der tschechischen Arbeiterschaft. Die Nationalsozialisten wurden die wütendsten Bolschewikengegner, und auch auf gewerkschaftlichem Gebiete gab es zwischen diesen beiden Gruppen der tschechischen Arbeiterbewegung mehrfach Reibungspunkte. Den Nationalsozialisten gelang es, das sogenannte Terrorgesetz durchzusetzen, in dem die kleinen nationalsozialistischen Gewerkschaften Schutz vor den großen gewerkschaftlichen Organisationen der tschechischen Sozialdemokraten zu finden vermeinten.

Die Spaltung in der tschechischen Sozialdemokratie hat jedoch das Verhältnis zwischen den beiden Arbeiterparteien abermals geändert. Der gemeinsame Kampf gegen die Kommunisten hat Nationalsozialisten und Sozialdemokraten einander wieder näher gebracht. Durch die Loslösung von zwar kommunistischen, aber doch klassenbewußten Arbeitern hat die nationale Strömung in der tschechischen Sozialdemokratie abermals Überwasser gewonnen, die Erhaltung und Festigung der tschechoslowakischen Republik wurde entscheidend für die Taktik der tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten.

Aber die nationalsozialistische Partei hat nicht lange bei ihrem revolutionären und sozialistischen Programm von 1918 ausgeharrt. Solange die Revolution die sozialen, dem Proletariat nahestehenden Schichten der Bevölkerung Beamten und Kleinbürger, mitgeriffen hatte, war dieses Programm allgemein anerkannt. Aber als die Wogen der Revolution verebten, die Aktion in ganz Europa immer mehr erstarbte, wandten sich zahlreiche Schichten der nationalistischen Partei von diesem Programm ab. Die den minderbemittelten bürgerlichen Kreisen Angehörigen (Heidler), die kleinen Gewerksleute (Slavicek), die Kleinbauer (Drobny) rebellierten gegen das Zentrum der Partei, das noch immer unter der Führung des Parteigründers Klossa steht und das von links her von denjenigen Organisationen angegriffen wird, die zum Großteile aus Arbeitern bestehen, wie dies im nordwestböhmischen Braunshofenrevier der Fall ist, und die ihren Führer in dem ehemaligen Anarchisten Dr. Breckl finden. Eine von so vielen Strömungen durchsetzte Partei, die die Interessen aller Klassen der tschechischen Gesellschaft vertreten soll, ist naturgemäß wenig geeignet, in ihrer jetzigen Gestalt sich mit einer anderen Partei zu vereinigen. Dazu kommt noch, daß die Partei auch von ihrem bischen Internationalismus, den sie 1918 und 1919 martiert hat, — ihr Vertreter Dr. Frank war sogar auf der internationalen sozialistischen Konferenz in Bern 1919 anwesend — abgelassen hat und wieder zu ihrem alten nationalen Standpunkt zurückgekehrt ist. Auf ihrem Parteitag, der im Mai des heurigen Jahres stattgefunden hat, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Vertretern der einzelnen sozialen Schichten, die dieser Partei angehören und allgemein war der Ruf: Zurück zu den alten Parteitraditionen der Vorkriegszeit. Während die Partei 1918 ihren Namen in tschechische sozialistische Partei umgewandelt hat, wird sie über kurz oder lang ihren alten Namen nationalsozialistische Partei wieder annehmen. In einer Erwiderung auf die Artikelreihe des „Cas“ betont der Gewerkschaftsführer der nationalsozialistischen Arbeiter Tuncy, daß ein Hindernis der Vereinigung mit den tschechischen Sozialdemokraten das Festhalten der Nationalsozialisten an nationalen Gewerkschaftsorganisationen sei.

So ist die Wahrscheinlichkeit einer Vereinigung dieser beiden Parteien unter den jetzigen Umständen nicht gerade groß. In der nationalsozialistischen Partei wären die Voraussetzungen dafür erst dann geschaffen, wenn sich von dieser Partei die kleinbürgerlichen Elemente lösten, so daß sie eine reine Arbeiterpartei wäre. Die tschechischen Sozialdemokraten hinwieder müßten ihren Nationalismus und Reformismus unzweifelhaft belassen, was infolge der Traditionen der Partei ihnen doch einige Schwierigkeiten machen würde. Würde die Vereinigung mit den Nationalsozialisten erfolgen, dann bestünde für die tschechischen Sozialdemokraten die Gefahr, daß sie für den internationalen Sozialismus vollständig verloren wären. Der tschechische Sozialismus findet gegenwärtig in einer Reihe von Parteien, die sich alle mehr oder weniger in einem Umwandlungsprozeß befinden. Die wachsenden Klassengegensätze führen zur Scheidung des kleinbürgerlichen und proletarischen Flügels, der Streit um die Methode über den Weg zum Sozialismus zur Spaltung. Der Mächtigungsprozeß in den Massen wird wohl noch das Geschehen mancher Partei ändern, alte Parteien zerfallen und neue bilden.

Teilweise Räumung des Burgenlandes.

Die Magyaren haben offiziell die erste Zone des Burgenlandes geräumt, inoffiziell treiben sich in diesem Landstrich magyarische Offiziers- und Studentenbanden in feindlicher Abjuration mit Maschinengewehren und Bomben herum. Das beliebt der Herr magyarische Gesandte in Prag in einer hochoffiziellen Erklärung gegen die objektive Presse „Marnmeldungen über den sogenannten weißen Schrecken und andere verleumdende Gerüchte“ zu nennen. Die zweite Zone halten die Magyaren gegen jedes Recht und gegen jeden Vertrag noch immer besetzt und geben ihn nicht früher frei, bevor D. Oesterreich den Magyaren nicht „bestimmte Bürgschaften“ gibt. Die Budapestblätter zu berichten wissen, haben sich die Magyaren in einer Note an die Entente gewendet — was übrigens auch durch die Auslassungen des Prager magyarischen Gesandten bestätigt wird — und erheben Forderungen, die im Friedensvertrag nicht aufgezählt sind, „aber deshalb“ eben von Ungarn erhoben werden. Und die Entente sieht zu, wie ein Virat, nachdem er geraubt und geplündert hat, an den Ausgeraubten „eben deshalb“ noch Forderungen erhebt. In Wien aber mahnen die Herren Gesandten und Botschafter die hohen Mächte Deutschösterreich zur geduldigen Ruhe. Genosse Otto Bauer hat gestern in der Wiener Nationalversammlung erklärt, daß es eine europäische Notwendigkeit ist, das Hortsystem zu beseitigen; es ist das brennendste Interesse der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Deutschösterreichs. So lange dieses Regierungssystem, das einen einzigen Auswuchs darstellt, besteht, ist Europa vor Raubüberfällen der Magyaren nicht sicher. Die verlangte Erklärung des hiesigen magyarischen Gesandten muß diese Ueberzeugung nur beseitigen.

Die Kriegsfront der Magyaren.

Wien, 3. September. (Trahtbericht des „Sozialdemokrat“). Die Gendarmerie an der steiermärkischen Grenze hat ihren Vormarsch eingestellt. Der Grund hiefür ist, daß ihr gegenüber reguläres ungarisches Militär steht und daß Oesterreich einen Zusammenstoß vermeiden will. Die Ungarn haben jetzt ihre Konzentration an der steirischen Grenze ausgebaut, sie sind dort mit Panzerautos, Panzerzügen und Artillerie versehen. Der Plan soll nämlich der sein, an der steirischen Grenze, die durchwegs clerikal ist, auf die schwarzgelben Bauern zu wirken, um eine monarchistische Bewegung zu erzeugen.

Magyarische Ueberfälle auf österreichische Gendarmen.

Friedberg, 3. September. Der Berichterstatter des Telegraphen-Korrespondenzbureaus meldet: In der Nacht von Freitag auf Samstag wurden in der Nähe von Obersteinersdorf, bei dem sogenannten Grenz-Gasthause, eine Gendarmeriepatrouille von Freischützern aus dem Hinterhalte beschossen, wobei zwei Gendarmen schwer verwundet wurden. Die Familie des Gast-

hausbesizers wurde verhaftet. Die ungarischen Freischützer, die sich zum größten Teile aus Angehörigen der Offiziers- oder Studentenkreise zusammensetzen, sind vollkommen feindlich ausgerüstet und mit Stahlhelmen und Sandgranaten versehen. Jede der etwa 15 Mann starken Abteilungen führt ein Maschinengewehr mit sich.

Eine Erklärung des Prager magyarischen Gesandten.

Prag, 3. September. Der magyarische Gesandte in Prag hat dem Auswärtigen Amte folgende Erklärung überreicht: „Eine Reihe von Blättern der tschechoslowakischen Republik hat in den letzten Tagen grundlose (!) tendenziöse Meldungen über das Verhalten der magyarischen Regierung bei der Evaluierung Westungarns verbreitet. Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß die magyarische Regierung die erste Zone des Oesterreich zugesprochenen Gebietes vollständig geräumt und den österreichischen Behörden übergeben hat. Die Uebergabe der zweiten Zone — eines alles in allem 5 bis 8 km. breiten Gebietes — wurde vorläufig vertagt, damit Ungarn von Oesterreich bestimmte Bürgschaften erhalten, welche wirtschaftliche und finanzielle Interessen magyarischer Korporationen und Privatleute betreffen. In jenem Falle handelt es sich hier um reine Uebergangsmassnahmen. In der ersten Zone befindet sich nicht ein einziger magyarischer Soldat (!), geschweige denn Militärformationen. Wenn sich die Bevölkerung der geräumten Gebiete (nämlich Pomas und Bronay, d. Red.) gegen die österreichische Disposition mit Waffen zur Wehr setzen würde, könnte die magyarische Regierung für diese Ereignisse nicht verantwortlich gemacht werden. In der zweiten Zone sind von den magyarischen Abteilungen nur einige Gendarmeformationen zurückgelassen. Ich muß daher erklären, daß alle Informationen, welche das Gerücht verbreiten, daß magyarische Truppen in den geräumten Gebieten verbleiben sind, jeder Grundlage entbehren (!) Es wurde auch behauptet, daß der gewesene Ministerpräsident Friedrich sich an die Spitze einer Bewegung gestellt habe, deren Ziel es gewesen sei, das gegenwärtige Regime der Regierung Sorthy zu stürzen, stark zurückzuziehen und mit Hilfe magyarischer Truppen den habsburgischen Thron in Wien wieder herzustellen. Alle Marnmeldungen über den sogenannten „weißen Schrecken“ und andere verleumdende Gerüchte werden von gewissen ungarneindlichen Kreisen in der tendenziösen Absicht verbreitet, die ersten und lokalen Bemühungen der magyarischen Regierung, die schweren Bedingungen des Friedens von Trianon ehlich zu erfüllen, vor dem Auslande zu diskreditieren.“

Magyarische Reiseerschwerung für das Burgenland.

Budapest, 3. September. (M. T. N. B.) Durch eine Verordnung des Ministeriums des Innern wird die Erteilung von Reiselegitimationen nach Westungarn wesentlich verschärft. Reiselegitimationen nach diesem Gebiete werden nur in ganz besonderen Fällen ausgestellt.

Eine scharfe Kritik an den Deutschbürgerlichen.

Nehulich wie vor einigen Tagen der „Reichenberger Zeitung“ liest nun die deutschnationale Wagnsdorfer „Abwehr“ der Führung der deutschbürgerlichen Politik tüchtig den Teufel, indem sie schreibt:

Wenn seit Jahr und Tag die deutsche Bevölkerung über mangelnde Führung, über das gänzliche Fehlen eines zureichenden Vorgehens namentlich in wirtschaftlichen Fragen klagte, waren die erwähnten Führer stets verschuldet und beschwerten sich, daß die Bevölkerung ihren Weisungen nicht Folge leiste. Demgegenüber muß unumwunden festgesetzt werden, daß in sehr vielen Fragen entweder überhaupt keine Weisungen erfolgten und die Wählererschaft dann verschiedene Wege ging, oder daß Weisungen ausgegeben wurden, die hinterher einfach mit lauten „wenn“ und „aber“ widerrufen oder ins Gegenteil verandelt wurden. Wohin wir da kommen, muß jedem einleuchten. Die deutsche Politik wird dadurch diskreditiert, wird zum Gespötte unserer Tschechen und niemand wird demselben Wünsche und Beschwerden mehr ernst nehmen, zu allererst die Regierung, die ihre deutschen Pappenhäuter genau kennt und jedesmal die Erfahrung bestätigt sieht, daß sie nach anfänglichem Haufen schließlich doch zu Kreuze kriechen. Eine neue traurige Bestätigung dieser haltlosen Zustände bietet die Telefonanleihefrage. Als das Gesetz im Parlament gegen die Stimmen der Deutschen beschlossen war, erlöste es von aller Seiten: „Nichts zeichnen“. Auch von „oben“ kam diese Parole. Wenn auch bald nachher einer der „Obersten“ hinterherum eine gegenteilige Lösung ausgab, so spürte man doch aus dem Lager der Unterfeldherren „keinen Hauch“. Die Wählererschaft, die Industrie, die Gewerbetreibenden, die Gemeinden usw. beschlossen, die Anleihe nicht zu zeichnen und zurückzuhalten. Acht, noch lange vor Schluß der Zeichnungsfrist, wird zum Mähdung gebieten. Reichenberg fiel um. In der Sitzung des Ausschusses zur Zeichnung der Telefonanleihe war auch ein Abgeordneter zugegen und er fand keine anderen Worte als die übrigen, daß man die Angelegenheit dem Ermessen jedes Einzelnen überlassen müsse. Auch von anderen politischen Führern oder den Führern nachstehenden Seiten werden Mitteilungen an die Presse verfaßt, die zum so und so vierten Male die Ungerechtigkeit und Ungehörigkeit der Telefonanleihe kennzeichnen und darauf hinweisen, daß man dabei die tschechischen Telefonanleiher sehr schonend behandle, die Deutschen aber nach allen Finessen des Gesetzes schroffen werde um die deutsche Industrie, Gewerbe und Handel zu vernichten oder wenigstens schwer zu beschädigen, wer ein Wort der entschloffenen Ablehnung finden wir in diesen Mitteilungen nicht mehr. Im Gegenteil, während den Zeiten kann man lesen, daß die Anleihe dem doch gezeichnet werden muß. — Bei aller Würdigung der schwierigen Stellung unserer Volksvertreter drängt sich da unwillkürlich die Frage auf: Haben das unsere Führer nicht vor Wagnsdorfer gewußt? Wenn ja, warum schweig man, oder gab die gegenteilige Weisung? Und warum jetzt man uns jetzt nicht frisch und frank die Gründe, die die Aufgabe unseres Widerstandes notwendig machen? Wenn die Herren Führer sein wollen, müssen sie eben führen. Aber der Führer muß ein sicheres Ziel haben und unbeirrt darauf losgehen. Dann wird das Volk folgen, wenn er auch manchmal Fehler begeht. Ein ewiges Schwanken untergräbt das Vertrauen; wir dürfen uns dann nicht wundern, wenn sich immer mehr und mehr verdrossen vom öffentlichen Leben zurückziehen und schließlich

lich jeder macht, was er will. Reichenberg ist umgefallen. Gollong beschloß in einer mächtigen Versammlung gleich Wagnsdorf und Lepa, an dem Beschlusse, nicht zu zeichnen, festzuhalten. Wird der Beschluß in den Städten einheitlich durchgeführt werden und wird die Mehrheit der Städte diesem Beispiel folgen? Wir gehen offen, daß wir davon zweifeln! Es hat den Anschein, daß wir uns wieder einmal unsterblich blamieren haben. Wir wollten den Entschlossenen mimen und fallen zum Gaudium unserer Gegner um. Und der Hauptverband der deutschen Industrie, mit festem Sitze in Tepliz, der doch am besten die Auswirkungen des Unfalles abzuschätzen weiß, der wissen muß, daß die Tschechen nunmehr die finanzielle Ausbeutung in noch größerer Maße als vordem betreiben werden, der macht keine Haltung von jener der — tschechischen Industriellen abhängig, die natürlich gute Gründe dafür haben, einen Konflikt mit dem Steuerärar zu vermeiden. Daß die tschechische Industrie schließlich die Anleihe zeichnen werde, das war doch vorauszu sehen. Warum wurde dann aber die Abwehraktion propagiert? Da hat jede Partei und jede Wirtschaftsguppe ihre Kaugleien und viel Geld wird alljährlich verlor, um „uns zu organisieren“. Wir empfinden eben wieder recht schmerzhaft, wie wir organisiert sind. Mit solchen Halbheiten muß endlich einmal aufgeräumt werden. Diese Aufräumungsarbeit ist Sache des deutschparlamentarischen Verbandes, ist Sache der Führung. Sie haben uns Richtung und Ziel zu weisen und endlich jene Organisation anzustreben, der sich das ganze Volk unterwerfen muß.

Dieser trefflichen Kritik haben wir kein Wort hinzuzufügen.

Späte Erkenntnis.

Wechselvoll wie jeder Standpunkt der Kommunisten ist auch ihre Stellung zum Parlamentarismus. In einer Erkenntnis, zu der man durch eifriges Nachdenken gelangt ist, festzuhalten scheint für sie ein bürgerliches Vorurteil zu sein. Kurz nach Beendigung des Krieges erklärten die deutschen Sozialisten jedem Parlament den Kampf bis aufs Messer und wollten sich an den Wahlen in die Nationalversammlung nicht beteiligen. Später schwenkten sie um und erklärten das Parlament als Tribüne zu benutzen, auf der sie ihre Ideen vertreten. Sie schwanden also in den Schwankbänden“ lustig mit. Nun vollziehen sie aber wie der eine Schwendung. Der Herr P. S. aus Reichenberg ist es, von dem die neue Lehre ausgeht. Er schreibt im „Vorwärts“: „Die kommunistische Partei muß selbst parlamentarisch insofern tätig sein, als sie in Vorschlägen, die sie der Regierung unterbreitet, Gütern dem Gesetze abzuändern versucht usw. Gelangt ihr das nicht, und es wird heute auch nicht gelingen, dann soll das nur Beweis mehr sein, daß die parlamentarische Tätigkeit oft von der direkten Aktion erseht, oft von ihr untergraben werden muß.“ Der Herr P. S. gibt also das als neuesten Schlagwort, als neue kommunistische Parole aus, was wir Sozialdemokraten seit mehreren Jahrzehnten sagen, was getan wird, seit Bebel durch seine Tätigkeit im deutschen Reichstag von 1871 an für das internationale Proletariat eine vorbildliche parlamentarische Taktik geschaffen hat. Auch hier offenbart sich der geistige Bankrott der kommunistischen Partei, die die Arbeiterbewegung geschwächt und gespalten hat, um dann als ihre Weisheit — die tatsächlichen Grundfäße der Sozialdemokratie anzugeben.

Fenilleton.

Vom Jesuitendrama zum Kino.

Der ökonomische Charakter einer Zeit wirkt sich in deren gesellschaftlichen Erscheinungsformen nicht nur politisch, sondern natürlich auch kulturell aus und die materialistische Geschichtsauffassung besteht erst die Probe aufs Exempel, weil die Wahrheit ihrer Grundlehre restlos aus allen Tatsachen des Kulturlebens hervorleuchtet. So ist denn auch das Theater, scheinbar eine Ausfüllung müßiger Stunden, in seinen Grundformen den wirtschaftlichen Bedingungen der Zeit unterworfen. Es hat sich in den Jahrhunderten seiner neuzeitlichen Entwicklung mit der ökonomischen Lage der Gesellschaft gewandelt und schwebt keineswegs so leicht und frei in der Luft, wie das dem oberflächlichen Blick erscheinen mag. An der Geschichte der Wiener Bühnen tritt das besonders klar zutage, weil wir deren Verlauf bis in kleine Einzelheiten hinein kennen.

Als die Habsburger um 1500 herum die Welt beherrschten und die Reichtümer aller Erdteile in Wien zusammenströmten, so daß sich in der Kaiserstadt ein irdisches Paradies aufzutun schien, da zog in die Kunst Wiens die Barock ein. Weltliches und Ueberweltliches, Zartes und Dreckstes, Farben, Töne, Gestalten und Gerüche fanden sich da zu einer seltsam widerspruchsvollen und dennoch vorhandenen Einheit zusammen. In einer Einheit, welche die alles vereinigende Weltstellung des Herrscherhauses wiederpiegeln und von Pracht und Prunk überströmen konnte, weil die Förderer und Beschäfer dieser Kunst sich das leisten konnten. So gingen alle Wunder des Märchens in die von den Jesuiten veran-

stalteten kirchlich-dramatischen Spiele ein; das waren Schaustellungen fürs Volk, aber die Kosten trug die reichste Körperschaft, die Kirche, und das erklärt ihnen bis heute unerreichten Luxus, die Menge der Mitwirkenden und der Bühnennachrichten. Der weite Träger von Reichthümern, Hof und Adel, pflegte mit ähnlichem Aufwand die italienische Oper, deren Darbietungen nur die vornehmsten Damen und Herren lauschen durften. Das zu einer gewissen Geltung aufsteigende Bürgertum kam in den heiteren Einlagen zu Worte, welche die feierliche Handlung der Nachtstücke fröhlich durchzogen. Eßt bürgerlich ist vor allem der Sport auf den rohen, ungebildeten Bauer, der bald das klassische Kostüm des Wiener Spahmachers anziehen und als „Hanswurst“ über die Bretter wandern sollte. Das geschah im Käntnerthortheater, wo Johann Anton Strauß 1712 einzog, der geniale erste Hanswurst. Mit seiner Gründung bekam das Bürgertum eine eigene Bühne, hier fanden alle Gellüste und wohl auch die Sorgen, welche die Brust des braven Spielers durchzogen, einen scharf verzerrenden Spiegel. Die geistige Loslösung des Bürgers vom hohen Adel tritt am deutlichsten im langsamen Siegeszug des Sittensittens zutage. Jahrzehntelang war es nur ein Stiefkind, behauptete sich mühsam im dunklen Winkel neben Oper, Ballett und Singpiel, neben bunten Zauberdramen, pathetischen Ritter- und lauten Auserstuden, in denen freilich auch niemals die berste Komik fehlen durfte. Philipp Hafner, ein genialer, früh verlorener Bruder Lieberlich, stand mit heftig geborenen Wangen an seiner Wiege, Schikaneder, der Dichter der Zauberkünste, hat es kraftvoll weitergeführt und in Josef Ferdinand Kringschneiders fand es einen tüchtigen

Pflegevater. Aber solange die verschiedenen Schichten des Bürgertums noch nicht allzu scharf von einander geschieden waren und der Abstand zwischen dem wohlhabenden Kaufmann und dem kleinen Handwerker sich noch in engen Grenzen bewegte, war es eine Gattung neben den anderen Gattungen auch, die wirtschaftlich einheitliche Masse des Bürgertums bevorzugte im Gegenteil keine Arten von Ständen, die es über den Alltag hinaus hoben. Im Spiel der vor 1800 gegründeten Volkstheater „in der Leopoldstadt“, „an der Wien“ und „in der Josefstadt“ überwiegen denn auch die sogenannten „Volksmärchen“ vor jeder andern Gattung, Ferdinand Raimund war ihr letzter großer Vertreter. Der eigentümliche Zug von Schwermut, der seinen Werken eignet, erzählt aber dem seiner Hinhorchenden, daß die Zeit dieser Stücke um ist. Vorbei ist, weil mit den geänderten ökonomischen Verhältnissen, mit der um 1830 eingetretenen scharfen Scheidung des Bürgertums in wirtschaftlich verschieden starke Schichten die einheitliche Seelenstimmung der Zuhörer aufgehört hat und einer inneren Zerrissenheit gewichen ist. Die Wiener selbst waren sich dieses ihres Wandels nicht bewußt, aber der prophetische Geist Johann Restros hat ihn dennoch erkannt und mit unormherzigem Griffel festgehalten. Dieser alles zerstörende Hohn deckt auch die sozialen Wunden und Schwären auf, an denen die Zeit krankte, und wer vom Todt abzusehen weiß, wird aus mancher Bosse Restros einen Totengesang für das absterbende Handwerk vernehmen. Der Begriff „Volk“ als geistige Einheit war eigentlich um 1848 herum endgültig vorbei, das Bewußtsein, unter solchen Umständen das „Volkstüdt“ zu retten, von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Restros Nachfolger trottelte einfach in der alten Bahn weiter und festten

nur Altkanntes zu neuen Formen zusammen. Augenrunder übernahm den tragischen Versuch, die zum Tode verurteilte Gattung mit neuem Geist zu erfüllen. Er gab dabei historisch und menschlich Großes, setzte vor allem Restros soziale Kritik in seinem hinreichendsten Werk, dem „Bierten Gebot“, meisterlich fort, aber das ihm mögliche konnte auch er nicht leisten. Seine Anregungen kamen dem „hohen Drama“ zugute, die breite Öffentlichkeit fiel der Operette anheim. Die Operette ist die eigentliche Kunst des kapitalistischen, in Scheinbildung verfallenen Bürgertums, seine Freude an der glänzenden Oberfläche, am Leichten, Gefälligen und Unbedeutenden spricht aus den schwabenden Rhythmen von Offenbach bis Lehár. Die ganze, große Masse der Bevölkerung aber wurde auch von der Operette noch nicht erfüllt, das gelang erst dem Kino. Dieses vermag die Bühnenkunst auf eine ungeahnt breite Basis zu stellen, seine billigen Betriebskosten könnten es zum Feld der echten proletarischen Genüsse machen. Könnten — wenn nicht gewissenlose Spekulanten mit Schauerdramen und Detektivromanen die Phantasie vergiften und die Nerven aufspeischen wollten, so daß Volksergebnis und Verbrechen aus einem Aker wachsen, der gesunde Früchte zu tragen befähigt ist. Im Kino schlammern ungezählte Möglichkeiten, Volksbildung und Volksvergnügen könnten von ihm ausgehen. Das klassenbewusste Proletariat könnte das Kino zu seiner künstlerischen Waffe ausgestalten; der erste, notwendige Schritt dazu ist, daß es vor allem mit dem Augengeist der Sensation bricht, der bisher die Kinokunst vergewaltigt. — d.

„Tschechisch-deutscher Streit“.

Zu seinem heutigen Leitartikel „Tschechischer-Deutscher Streit“ reagiert der „Venkov“ das Organ des gewesenen und voraussichtlich künftigen Ministerpräsidenten Beneš, auf die auch von uns im gestrigen Blatte besprochenen Ausführungen zur deutsch-tschechischen Frage Gustav Sterns in der „Tribuna“ vom 2. d. Bemerkenswert ist, daß der „Venkov“ zugibt, daß auch die Tschechen viel Schuld trifft, wenn die Deutschen die tschechoslowakische Republik nicht auch als ihren Staat betrachten und sich in ihm nicht zu Hause fühlen. Auch die Ausführungen der „Tribuna“ gegen die tschechischen Ansprüche in das deutsche Sprachgebiet finden seine Zustimmung. Der „Venkov“ findet freilich diese Schuld verzeihlich im Hinblick darauf, daß den Tschechen angeblich kein anderes Beispiel und Muster für die Regelung der deutsch-tschechischen Beziehungen zur Verfügung stand, als das Programm, das die deutschen Radikalen während des Krieges für den Fall des Sieges der Zentralmächte ausgearbeitet hatten, und findet es ungerecht, wenn die angeblich große Zurückhaltung der Tschechen die sie angesichts dieses deutschen Planes gegenüber den Deutschen beobachteten, nicht von dieser gewürdigt wird. Diese ständige Berufung der Tschechen aller Schattierungen auf das sozialistische Programm zur Demantelung ihres bisherigen von den auch von ihnen stets betonten Grundätzen der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Staatsbürger abweichenden Verhalten übersehen offensichtlich das Brünner Programm der Sozialdemokratie, verschweigt die eingehenden Arbeiten Krenes zur Lösung des nationalen Problems und verleugnet die immer betätigte Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie gegen alle Vergewaltigungsversuche von deutschbürgerlicher Seite ohne Rücksicht auf die Popularität der nationalistischen Schläger.

Tschechische Pressestimmen zum Erscheinen des „Sozialdemokrat“. Das Charakterbild der tschechischen Presse wird offenbar, wenn man ihre Stimmen zu unserem Erscheinen vernimmt. Während uns die einen in schlauer Scheinfröndlichkeit gar loben und unseren Internationalismus preisen, stempeln uns die anderen, nämlich die nationalistischen Zeitungen selbst zu Nationalisten. Das Blatt des Herrn Dr. Cerny, die „Cesko Slov. Republika“, bedankt uns freundlicher Weise mit guten Ratsschlägen, es begrüßt unser Erscheinen sogar, was uns natürlich sehr schmeichelt, und lobt unsere internationale Gesinnung; der „Narodni Politika“ dagegen kann uns bedauerlicherweise nicht von der „Reichenberger Zeitung“ und vom „Trautenauer Tagblatt“ unterscheiden. Wie traurig ist dieser Mangel jedweden Unterscheidungsvermögens der „Narodni Politika“. Auch die „Libove Noviny“, das Blatt des Brünner Chauvinisten Hranstky, läßt sich kleine Bruchteile aus unserer ersten Nummer telephonieren und überschreibt jene kurzweg mit „Nationalismus der deutschen Sozialdemokraten“. Es ist gar nichts anderes von ihr zu erwarten. Die „Prager Presse“ zielt unsere Kundgebung gegen den Kapitalismus aus und stellt ihm unsere Forderung des Selbstbestimmungsrechtes gegenüber. Sie findet scheinbar beide Forderungen beim deutschen Volke unvereinbar. Wie könnte auch dieses tschechische Regierungsblatt einen Sinn für Selbstbestimmung des deutschen Volkes haben!

Rußland, wie es leidet.

Fünf Jahre Krieg haben wir erlitten, haben Menschen mit dem Tode ringend hinsinken sehen, haben gehungert und gefroren und die Wunden, die der Krieg und der „Frieden“ in den Leib des mitteleuropäischen Proletariats geschlagen hat, bluten noch unvernarrt weiter. Aber dieses Leiden ist, verglichen mit den Martern des russischen Volkes, erträglich und gering. Wer kann sich in seiner Vorstellung bloß die eine Meldung vergegenwärtigen, daß dreißigtausend Kinder, von ihren Eltern verpfändet verlassen, mit dem Hunger ringend umherirren? Diese eine Tatsache ist so grauenvoll, daß das Herz der jänkenden Welt aufstehen und alles Genießen auf ihr wie mit einem Schlag ersterben magie.

Wer will in diesem Augenblick mit den Tausenden der Gestirne, wer mit den Mächten der Erde rechten? Seien wir, wir, retten, stehen einem Volke, das die furchtbarste Not getroffen!

„Was man erzählt, sind Bruchstücke von Bruchteilen“, sagt Arthur Scholischer in einer Reise studie „Drei Monate in Sowjetrußland“ (S. Fischer, Berlin). Scholischer hat vor Monaten mehr als einen Bruchteil des Wissens über Rußland mit nachhause gebracht, ein unerschöpfendes geschautes, von tiefem menschlichem Begreifen erfülltes Werk, das ungebunden ist an das Programm einer Partei. „Aus Menschheitsdrang und innerer Bebrängnis, wenn auch im Auftrag eines Beiratskomitees, ist er nach Rußland gegangen: er hat viel geschaut, und wenn in ihm auch unbegrenzter Optimismus das Schauerliche des russischen Lebens überwunden hat, so hat er dennoch mit Arbeit die

Die russische Hunger- und Seuchenkatastrophe.

Moskau, 3. September. (Funk.) Aus allen vom Hunger betroffenen Gouvernements trachtet man die Kinder zu evakuieren und in Gegenden zu bringen, die besser mit Lebensmitteln versorgt sind. Aus dem Gouvernment Saratow werden in 6 Sanitätszügen 3000 Kinder abtransportiert werden und auf Petersburg, Witebat, Rischnijnowgorod und anderen Städten verteilt werden. 15.000 Kinder werden in staatlichen Ausspeisestellen verpflegt. In vielen russischen Städten werden Hilfswochen für die Hungernden veranstaltet, während dieser Woche liefern die Arbeiter den ganzen Wochenlohn zur Unterstützung ihrer hungernden Brüder ab. Am 29. August fand in Kiew ein Hilfsfest für das Wolgabiet statt, bei dem über 300 Millionen Rubel gesammelt wurden.

Aus dem Gouvernment Saratow wird gemeldet, daß die Zahl der Hungernden im Gouvernment Saratow eine Million beträgt. Im Bezirk Chwalynk stirbt die Tartarische Bevölkerung aus. In den Ausschleichen, die im Gouvernment Saratow errichtet wurden, bekommen etwa 40.000 Kinder das Mittagessen. Die Cholera nimmt im Gebiete von Saratow ab. Dagegen verbreitet sich in bedrohlicher Weise der Bauchtyphus. Während in der letzten Woche kein einziger Cholerafall zu verzeichnen war, erkrankten täglich 20 bis 22 Personen an Bauchtyphus. Aus Kasan wird gemeldet, daß dort täglich bis 25 Personen an Flecktyphus erkranken.

Das rote Kreuz gegen Nansens Abmachungen mit Sowjetrußland.

Paris, 3. September. Die „New York Herald“ aus Genf meldet, werden die Abmachungen Nansens mit der Sowjetregierung vom internationalen Komitee des roten Kreuzes nicht gebilligt. Nansen wird die Ueberschreibung seines Mandats vorgezwungen.

Optimistische Berichte aus Rußland.

Helsingfors, 3. September. Der gestern hier eingetroffene finnische Gesandte in Moskau Oberst Gyllenbögel bezeichnete als Ursache der Auflösung des allrussischen Hilfsausschusses die Ueberzeugung der Sowjetregierung, der Lage in den Hungergebieten nunmehr Herr werden zu können.

„Pravda“ zufolge verfügt die Regierung gegenwärtig über 9 Millionen Pud Getreide zur Ausfaat. Sie sehe die Lage optimistisch an. Eine größere Katastrophe sei nicht zu befürchten. Die politische Lage sei unverändert und werde durch die kleine kommunistische Gruppe durch Energie und Terror beherrscht. Die Aufgabe ihrer Grundzüge über die Handelsfreiheit sei eine Tatsache. Der Landbesitz sei wenigstens den kleineren Besitzern zurückgegeben worden, nur die Kaufbriefe würden ersetzt durch von den Bolschewisten ausgefertigte. Jedermann könne beliebige Unternehmen pachten und auf eigene Rechnung bebauen.

Hilfe für Rußland.

Buenos-Aires, 3. September. (Havas.) Der norwegische Dampfer „Marit“ ist mit einer Ladung von 5.000 Tonnen Mehl nach Rußland abgefahren.

Christiania, 3. September. (Havas.) Der russisch-nordische Handelsvertrag wurde gestern unterschrieben.

Argentinische Hilfe.

Moskau, 3. September. (Funk.) Die nach dem 5. September eingebrachte Brotfrucht

Katastrophe in ihrer unaußersichtlichen Größe vorgetan. Was er vor Monaten schon an Rot und Elend gesehen hat, haben die nachfolgenden Stellen seines Werkes daran.

In Moskau sieht man viel Landbevölkerung. Sie strömt nicht nur in die Stadt, um hier Schleichhandel mit den verhungerten Einwohnern zu treiben, sondern im Gegenteil: der Hunger ist es, der sie in die Stadt jagt. In dieselbe Stadt, die sie, wenn daheim die Ernte gut und üppig ausgefallen ist, gern verlassen läßt. Dieses Jahr hat manchen Gouvernements furchtbaren Mißwachs gebracht, damit distriktweise Hungersnöde, wie sie das arme Land seit Jahrzehnten nicht erlitten hat. Staatliche Musterfarmen haben Saatform unter die Bauern notleidender Provinzen verteilt, aber statt es zu säen, haben es die Bauern, man weiß nicht recht, aus Bosheit oder Dummheit, gemahlen und verzehrt. Die Bolschewiki haben einen harten Kampf zu führen...

Gegen den unsinnigen Ansturm der verelendeten Bauernschaft wehren sich die hungernden Städte, wie sie können. In einem Moskauer Kindergerichtshof wohnte ich einer ungeschicklichen Szene bei: Eine Bäuerin aus Tula, eine schöne, stattliche Frau, war mit ihren zwei kleinen Kindern und einem Korb Kefir, ihrem einzigen Besitz, nach Moskau gekommen. Als die Kefir verkauft waren und der Erlös verzehrt, hatte die Witze die armen Menschen in den Parks des nördlichen Moskau umherirrend angetroffen. Das ältere von den beiden Kindern, ein siebenjähriger Knabe, hielt sich mit Mühe aufrecht: das jüngere, ein zweijähriger, schien rosig und rund — wenn man näher hinsah, bemerkte man die unnatürlich gedunnenen Gelenke, Arme, Beine, Bauch, Gesicht wie Rür-

soß nicht mehr für die Ausfaat, sondern für die Ernährung der Bevölkerung verwendet werden. Bisher sind 80 Prozent des Ausfaatplanes erfüllt. — „Bjednota“ (Elend), das Blatt der Bauernräte, wendet sich gegen eine neuerliche Getreideabgabe und versichert die Bauern, daß die ihrer ersten Ablieferungspflicht nachgekommen sind, keine weiteren Abgaben zugeschrieben erhalten werden. Den Hungernden zu helfen, sei jedoch Pflicht aller Bauern in den fruchtbarsten Gebieten, die auch ohne geschriebenes Gesetz erfüllt werden muß. — Die Nachrichten über die Ernte aus dem Gebiete von Kiew lauten überaus günstig (?).

Buenos-Aires, 2. September. Der norwegische Dampfer „Marit“ ist mit 5000 Tonnen Del für Rußland abgegangen.

Einrichtungen.

Moskau, 3. September. (Funk.) Die Petersburger „Pravda“ veröffentlicht ein Verzeichnis von 21 Personen, die wegen aktiver Beteiligung an dem Petersburger Komplott erschossen worden sind.

Bolschewistisch-afghanistisches Bündnis.

Moskau, 3. September. (Funk.) Am 13. August hat am Hofe des Emirs Achannullah von Afghanistan der Austausch der Ratifikationsurkunden des Bündnisvertrages mit Rußland stattgefunden.

Polen in Gärung.

Während Polen sich ansieht, nach echt imperialistischen Manieren einen neuen Bissen, Oberschlesien, zu verschlucken, erweist es sich nach innen her immer weniger tauglich, das ihm gestellte Problem einer Festigung der Wirtschaftsverhältnisse und der Valuta zu bewältigen. Gerechterweise muß man ihm zubilligen, daß es die Verschmelzung zur staatlichen Einheit als besonders schwierige Aufgabe vor sich auftragen hatte, weil ihm drei so verschieden organisierte Staaten wie Rußland, Deutschland und Oesterreich die Bestandteile geliefert haben. Aber dieses reiche Erbe so in Grund und Boden hinein zu verderben, war trotz dieser Schwierigkeiten nicht notwendig, dazu mußten sich Habgucht und Verantwortungslosigkeit der herrschenden Schichten in einem sonst ungewohnt hohen Maße zusammenfinden. Ihr Verdienst ist es, daß heute die polnische Mark kaum 2% tschechische Heller wert ist und daß sich Arbeiter und Angestellte, mag auch ihr Jahreseinkommen in die Hunderttausende gehen, der bittersten Not gegenübersehen. Was bedeutet auch eine Monatsentlohnung von 15000 Mark (soviel ungefähr verdienen gutgezahlte Arbeiter), wenn 1 Liter Milch 60, 1 Reutner Rohle 1200 Mark kosten? Da ist kein Wunder, daß die Postbeamten ein bis zum 15. d. M. befristetes Ultimatum stellen, widrigenfalls sie in den Streik treten wollen, daß die Eisenbahner in Lublin und Cholm die Arbeit eingestellt haben und daß auch die Bolschewiki Morgenluft wittern. Wenigstens soll sich der Volkskommissar Dzierzowski seit einigen Tagen in Warschau aufhalten, wohl in der Hoffnung, daß aus den allgemeinen Verzweiflungen sein Weizen erblühe. Die Regierung nimmt all dem gegenüber den „starken Mann“ und droht unter Berufung auf die 28 Milliarden, welche die Gehaltssteigerungen angeblich schon kosten, streikenden Staatsbe-

bisse angeschwollen — Ledem. Der Frau stürzten die Tränen aus den Augen. Sie heulte vor Schmerz und Angst; man mußte sie heim nach Tula schicken, ein Exempel war zu statuieren; mein Leben lang werde ich mich an den Ton erinnern, den Laut eines armen, verendenden Tieres.

Im selben Gerichtshof waren, zwischen Wajoneten, einige kleine Spekulantinnen erschienen, Schulkinder, die ihre Schule gar nicht zu schwänzen brauchten, denn sie war ja wegen Mangels an Brennholz geschlossen. Einem von diesen Kleinen, einem zehnjährigen gewedeten Knaben, dem das Verhalten vor Gericht schon vertraut zu sein schien, wurden mit einer Schachtel Zigaretten 30.000 Rubel abgenommen.

Der Winter war gekommen und das Leben wurde härter. In den Kommisariataten sah man Hände, die wie Hummerscheren aus dünnen Kermeln hervorsprossen. Die verbordnen Heizungsrohre gestatteten oft keine, wenn auch noch so geringe Durchwärmung der riesigen Häuser. Viele Holzhäuser wurden abgebrochen, man passierte mitten in der Stadt verrostete Gassen. Das Bauholz wurde verheizt. Abends, sobald es dunkelte, konnte man gutgeleitete Frauen auf diesen Trimmerflätten Holz, Tapetenstücken und Ziegelsteine sammeln sehen. Ziegelsteine braucht man in den Zimmern, um das eiserne Gefache auf sie zu stellen. Ich fragte auf dem Markte nach dem Preis eines solchen Gefaches, das nicht größer als ein Zylinderhut war: 70.000 Rubel. Dies war noch spottbillig im Vergleich zu der so nötigen Rohre. Der Preis einer solchen stieg ins Unglaubliche!

Schon konnte man in den Straßen Menschen beobachten, die, vor kleine Handflinten gespannt, den Strick um Hüften oder Schultern

antenn mit der Entlastung oder mindestens mit dem Verlust aller Pensionsansprüche. Zugleich verkräftet sie die Hungernden mit glänzenden Ernteaussichten, verspricht zum hundertstenmalige strenge Maßnahmen gegen den Getreidehändler, als ob Witos den agrarischen Brüdern jemals weh tun könnte, und lenkt den Zorn des Volkes auf die Minoritäten — auf Juden und Deutsche ab. Nachdem in Lodz und im Posen schon längst die Deutschen mit allerlei Brutalitäten und mit den feineren, aber viel schmerzhafteren Künsten der Verwaltung gequält worden sind, bringt nun auch nach dem dritten deutschen Zentrum, Ostschlesien, aus dem obererschlesischen Insurrektionsgebiet hinüber die Presse Verfolgungsnot. Alles in Polen, die wirtschaftliche Lage wie die nationalen Verhältnisse, steht eben unter Hochspannung. Finden und öffnen die Macht, aber nicht bald ein Ventil, dürfen sie sich über eine Explosion nicht wundern.

Die obererschlesische Frage schon entschieden?

Berlin, 3. September. Der Genfer Berichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ meldet, hinsichtlich der obererschlesischen Frage bestehe aller Grund zu der Annahme, daß die Verhandlungen, die in persönlichen Gesprächen zwischen den Mitgliedern des Rates geführt worden sind, bereits viel weiter gediehen sind, als dies in dem gestrigen Beschlusse zum Ausdruck kommt und daß ein stillschweigendes Übereinkommen über den Verlauf der Grenzlinie sichergestellt ist.

Eine Gewalttat des obererschlesischen Selbstschutzes?

Paris, 2. September. (Havas.) Der britische Funktionär der internationalen Kommission in Dppeln, der am 30. d. M. mit seinem französischen Chauffeur unweit von Dppeln von bewaffneten Deutschen verhaftet und nach Deutschland geschafft wurde, ist mit seinem Chauffeur gestern früh nach Dppeln zurückgekehrt. Die Angreifer haben der mächtigen obererschlesischen Organisation angehört und damit gerechnet, daß sie im Falle eines Todesurteils über den Mörder des Generals Montalegre ein Unterpfand haben werden.

Völkerbundstagung.

Genf, 2. September. (Havas.) Nach dem Berichte Balfours hat der Völkerbundsrat beschlossen, die Vollversammlung des Völkerbundes zu ersuchen, sich über den Protest der albanischen Delegation wegen Verletzung der albanischen Grenze durch die Serben und über die albanischen Grenzfestsetzung zu äußern. Die albanischen Grenzen sind durch die Völkervertragskonferenz schon festgesetzt, aber noch nicht ratifiziert.

Der Völkerbundsrat hat weiters einen Bericht von Bourgeois angenommen, der die Errichtung einer Kommission fordert, welche mit dem Studium der Möglichkeit einer Erleichterung eines Austauschens von geistigem Besitz zwischen den einzelnen Nationen, namentlich Mitteilungen und wissenschaftliche Informationen über die Erziehungsmethoden betraut sein soll.

Genf, 2. September. In der gestrigen Nachmittagsitzung unter Vorsitz des Ministers Venes wurde über die Bestimmungen, unter welchen Bedingungen neue Zusätze in den Völkerbundsvertrag aufgenommen werden können, verhandelt. Es wurde eine Entschließung angenommen, welche zur Aufnahme neuer

gewunden, durch die Stadt nach den weit draußen liegenden Friedhöfen tröteten. Auf den Schlittchen waren Särge festgebunden; die Leidtragenden hatten sich ihrer Mutter oder ihrer Ehefrau vorgehängt, niemand regte sich weiter darüber auf. Ehemals waren es festliche, weiskodierte Bourgeois, die die Leichen an ihre Ruhestatt brachten. Man sah noch viele von diesen weißen Wagen durch die Straßen rollen, indes sie dienen jetzt den Lebenden: auf ihnen häuften sich Säcke, Ästen, Häfer. — Es versteht sich von selbst, daß man über derartige Dinge nicht viel Tränen vergießen darf. Wohin käme man, wollte man an Derartiges viel Gefühl und Lebensenergie vergeiten? Die unbegreifliche Fähigkeit des Russen, zu dulden, zu ertragen, manifestiert sich ja auf Schritt und Tritt. Sie zeigt sich bei diesem gottgläubigen und nach Göttlichem hungernden und dürstenden Volke auch in der namenlosen Gleichgültigkeit gegen fremdes wie gegen eigenes Leiden.

Die Not des bedrängten Landes wirft den roten Soldaten, sobald sein schweres Werk an der Front getan ist, in Bezirke, wo man seiner Kraft bitter bedarf. Es ist vorgekommen, daß in einem sehr entfernten Gouvernment Arbeitstruppen die Eisenbahnschienen aufreihen und sie an einen neuen Frontabschnitt befördern mußten, weil die Eisenwerke nicht imstande waren, Schienen zu produzieren. Notstandsarbeiten, die bringen auszuführen waren, wurden während einer Pause an einer Abteilung der Front erledigt. Alles frißt der Krieg, Leben, Wohlstand und Wohlergehen. Eines aber frißt er in Rußland nicht, und das ist die Seele des Volkes. Der Arbeitszwang, der für die Soldaten der kämpfenden Armee im Ruhestand eingeführt ist, sieht sich, vom Westen gesehen, härter und grau-

Nachträge Einstimmigkeit des Rates oder Dreiviertel Mehrheit der Vollversammlung fordert. Das englische Mitglied hat Einstimmigkeit für den Rat und für die Vollversammlung verlangt und sich vorbehalten, diesen Standpunkt bei den Verhandlungen über diese Frage in der Vollversammlung zu vertreten. Minister Venes vertritt die Ansicht, daß die Bedingung der Einstimmigkeit im Rate wie in der Vollversammlung die Annahme neuer Ergänzungen fast vollständig unmöglich machen würde. Seine Meinung wird von der Mehrheit der Kommission geteilt.

Frankreich erhebt neue Ansprüche an Deutschland.

Paris, 3. September. Habas teilt mit: Betroffen von der grausamen Tatsache, daß Frankreich in Gemäßheit der finanziellen Vorschläge der interalliierten Kommission vom 13. August von der ersten deutschen Goldmilliarde nichts erhalten sollte, war der Ministerrat einstimmig der Ansicht, daß neue Verhandlungen notwendig seien. Auslegungen, die sich auf gewisse Klauseln des Vertrages und das Nebereinkommen von Spaa beziehen, werden als Verhandlungsbasis dienen. In unterrichteten Kreisen bemerkt man, daß die französischen und deutsche Ansicht über den Wert der Saargruben stark auseinandergehen, eine Differenz, die unmöglich mache, diesen Wert auf das Reparationskonto zu buchen, obgleich Frankreich ein Interesse daran habe, die Saargruben auf seine eigene Rechnung auszubauen. Wenn wirklich eine gerechte und endgültige Abschätzung zustandekommt, so würden doch die gleichen Schwierigkeiten über die Abschätzung der Schiffe bestehen. Man denke nicht daran, den Obersten Rat zu Hilfe zu nehmen, sondern ist der Meinung, daß die in der Frage unterrichteten Minister eine neue Sitzung in London abhalten können, auf der Doumer und Louscheur Frankreich vertreten würden. Die „Petit Parisien“ zum gestrigen Ministerrat mitteilt, wird sich Finanzminister Doumer und wahrscheinlich auch Minister Louscheur nach einander nach Brüssel, London und Rom begeben, um dort die Gründe auseinander zu setzen, welche die französische Regierung zur Nichtratifizierung des Pariser Abkommens bestimmt haben und um mit den Alliierten neue Lösungen zu suchen.

Keine Geneigtheit zur Abrüstung.

Vorbehalte und Ausreden der Völkerverbündeten.

Genf, 2. September. Die gemischte Kommission für Rüstungsbeschränkungen eröffnete heute ihre zweite Tagung. Der Bericht, den die zweite Unterkommission abgab, enthält die Antworten auf die Aufforderung der Versammlung des letzten Jahres betreffend die Beschränkung der Ausgaben für Rüstungszwecke. 27 Regierungen haben geantwortet, 15 nahmen die Aufforderung an, einige ohne Einschränkungen, andere mit dem Vorbehalte, der in der Motion selbst vorgesehen wird, oder mit der Bedingung, daß auch andere Staaten die Aufforderung annehmen. Für zwei Staaten ist die Frage durch den Friedensvertrag gelöst worden, 2 Staaten gaben sehr unklare Antworten, scheinen nicht geneigt zu sein, der Aufforderung zu entsprechen, zum Teil, weil nach ihrer Ansicht das Budget keinen Aufschluß über den militärischen Stand des Landes geben könne. Ein Staat weist auf die uns sichere internationale Lage hin. Betrachtet man nun, die europäischen Völkerverbündeten, so ergibt sich folgende Bild: Für zwei Staaten haben die Fried-

samer an, als man ihn in Rußland selbst erkennen lernt. Die zur Arbeitsumstellung geeignet befundenen Truppenteile haben an der Front die Idee und mit ihr die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Arbeit eingepflegt erhalten. Zudem haben die Organisatoren der Armee ein kluges System der Verwendung der Arbeiter-Reserven aufgebaut. Zu spezialisierten Zweigen der Feldarbeit kann man geschlossene militärische Formationen natürlich nicht gebrauchen, da diese sich ja aus Arbeitern der verschiedensten Metiers zusammensetzen. Aber zum Bahnbau, zu der für die Elektrifizierung Rußlands gegenwärtig überaus wichtigen Torfarbeit, zu ähnlichen Tätigkeiten lassen sich solche Truppenkörper gut verwenden. Auch sind bereits, wie Trocki in einem Bericht ausführte, qualifizierte Arbeiter zu Reparaturkolonnen geeicht, in Gruppen und Kommandos an verschiedene Werke angepostet worden. Eine bedeutende Rolle spielt bei diesen Arbeitsformationen die Artillerie. Landwirtschaftliche Werkzeuge, Wagen, Schlitzen und Geräte aller Art werden durch sie repariert. Der organisierte Arbeiter-Soldat entwickelt dabei auf dem Lande eine intensive Aufklärungsstätigkeit.

Rußland ist für den Krieg wohl gewappnet. Es wartet auf den Frieden. Alles, was ein großes Land zum Leben und zum Gedeihen benötigt, ruht in dem Boden, ruht in den Seelen. Befiegt erst der Frieden die Müdigkeit, die heute wie eine schwere Wolke über Rußland lastet, befiegt er die Not, erhebt den Horizont, dann ist dieses Land in zehn Jahren das mächtigste der Erde!

densverträge die militärischen Fragen gelöst, 7 nehmen die Aufforderung der Versammlung mit mehr oder weniger Vorbehalten an, 6 nehmen sie an. Der Bericht der Kommission stellt fest, daß die Umfrage kein sehr schlüssiges Ergebnis gebracht hat. Die Kommission tritt sodann an die Beratung des Antrages Bourgeois betreffend Abänderung des Art. 8 und 9 ein. Sie wird gemeinsam mit dem Ausschuss für Abänderungen des Paktes und der ständig beratenden Abrüstungskommission die Frage prüfen.

Schweizer Kredithilfe für Deutschland.

Bern, 2. September. Der Bundesrat hat heute über Antrag des Bundesrates Motta die 20jährige Suspension der 25 Millionenforderung an Oesterreich beschlossen.

Bern, 2. September. Die Eidgenossenschaft beteiligt sich auf Grund eines Bundesbeschlusses an der internationalen Kreditaktion für Oesterreich mit einem Beitrag von 25 Millionen Franks.

Der Bundesrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, der Bundesversammlung zu empfehlen, den Verzicht auf gewisse Garantien für die Lebensmittellieferungen gewährten Kredite auszusprechen, sofern die anderen Staaten die gleiche Stellung einnehmen, um dadurch den wirtschaftlichen Wiederaufbau Oesterreichs zu beschleunigen.

Die Griechen scheinen doch zu siegen.

London, 3. September. (Reuter.) „Daily Express“ meldet aus Konstantinopel, daß die Griechen vor den Toren Angoras stehen. Die Kemalisten haben das Hauptquartier nach Casarea verlegt.

Konstantinopel, 2. September. Nachrichten aus griechischer Quelle zufolge dauert der Kampf am Salaria mit unverminderter Heftigkeit an. Die Kemalisten leisten hartnäckigen Widerstand. Trotzdem mußten die sicherheitsshalber mehrere Punkte in vorgeschobenen Posten aufgeben.

Ein Bündnis der Landstaaten.

Kowno, 2. September. (AP.) Gelegentlich des Besuches des litauischen Ministerpräsidenten in Kowno wurde in zwei Sitzungen über die Ausgestaltung des Bündnisses der Landstaaten Estland, Lettland und Litauen verhandelt, besonders in Bezug auf die gemeinsame Verteidigung und die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. Die Verhandlungen, die streng vertraulich waren, haben zu wichtigen Beschlüssen geführt.

Die Antwort de Valeras.

London, 2. September. Lloyd George hat die irische Antwort, die gestern in Gaillon (Schottland) übergeben wurde, den Ministern zur Kenntnisnahme nach London übersandt. Im Hinblick auf den Ernst der Lage wird Lloyd George eine Kabineffigung auf nächsten Mittwoch nach Inverness einberufen, Lloyd George wird dem Könige, der sich in der Nähe von Inverness aufhält, einen Besuch abstatten.

Die bulgarische Regierung und das Vandalentwesen.

Sofia, 2. September. (Bulg. Tel.-Ag.) Die bulgarische Regierung hat an den Vorsitzenden der Interalliierten militärischen Kontrollkommission eine Note gerichtet, in der sie ausführt, daß der Mangel an Freiwilligen Bulgariens die Möglichkeit nehme, die Ordnung im Innern und an den Grenzen zu sichern. Trotzdem Bulgarien alle seine büherrigen bewaffneten Kräfte zur Unterdrückung von Vandalentbildungen anwende, wird es beschuldigt, solche Vandalentbildungen im Innern des Landes zu begünstigen. Die Bevölkerung und die Beamten besorgen, daß sie ohne Schutz gegen verbrecherische Angriffe bleiben und drohen, ihre Wohnstätten zu verlassen. Die Regierung bittet daher, es möge ihr eine bewaffnete Macht gestattet werden, welche die innere Ordnung und den Schutz der Grenzen ermöglicht.

Die Aburteilung der bulgarischen Kriegsverbrecher.

Sofia, 2. September. (Bulg. Tel.-Ag.) Nach einer stürmischen Debatte genehmigte die Nationalversammlung die Aufhebung des berüchtigten Artikels des Gesetzes über die Bestrafung der am Zusammenbruch Schuldigen. Die Nationalversammlung beschloß, daß die begonnenen Prozesse in kürzester Zeit beendet werden sollen.

Vom marokkanischen Kriegsschauplatz.

Paris, 3. September. „Echo de Paris“ meldet aus Madrid: Gestern wurde bei Melilla erbittert gekämpft. Die Aufständischen griffen unaufhörlich an. Zwei spanische Regimenter waren mehr als eine Stunde im Nahkampf, doch wurden alle Angriffe durch die Spanier abgeschlagen.

Paris, 3. September. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Madrid hat der Kriegsminister die Jahresschlacht 1920 zum Milliardenkrieg aufgerufen. Auf diese Weise werden annähernd 50.000 Mann unter die Fahnen gerufen.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft.

von Heinrich Ritschmann (Reutischheim).

Die Agrarfrage war schon vor dem Kriege durch die stets wachsende Teuerung der Lebensmittel für das Proletariat aktuell. Sie ist zu einem Problem der äußersten Dringlichkeit geworden. In der Zeit während und nach dem Kriege. Die Verwüstungen des Krieges wirken in der Frage unserer Lebensmittelversorgung nach. Die unregelmäßige Lebensmittelversorgung ist zu einer Gefahr für die ganze Gesellschaft geworden. Die kleinste Störung in der Produktion und im Verkehr mit Lebensmitteln bringt unser ganzes Wirtschaftsleben in Unordnung, schafft Unsicherheiten in der Preisbildung der Industrieartikel und bringt die Finanzen des Staates und der Gemeinden in Unordnung. Eine Öffnung der Grenzen für die freie Einfuhr von Getreide und Vieh wird heute nicht mehr die Wirkungen hervorbringen wie vor dem Kriege, weil auch in den Getreide und Vieh exportierenden Ländern Mangel und Not eingetreten, wie z. B. in Rußland und den Balkanstaaten und weil aus anderen überseeischen Ländern unserer Vorkriegsverhältnisse halber eine Einfuhr, die eine Senkung der Preise verursachen würde, unmöglich ist. Die Agrarfrage ist heute eine Frage von internationaler Bedeutung geworden und es ist daher wohl selbstverständlich, daß eine Partei, wie unsere, sich mit diesem Problem eingehend beschäftigt und Richtlinien für unsere zukünftige Agrarpolitik heranzieht. Aus diesem und anderen Gründen wird sich auch unser Parteitag mit dieser Frage zu befassen haben.

Genosse Otto Bauer hat bereits im „Kampf“ Richtlinien vorgeschrieben, die als Grundlagen für eine Diskussion über ein Agrarprogramm auch in der Tschechoslowakei dienen können. Es soll in diesem Artikel nur eine Frage kurz behandelt werden, die besondere Schwierigkeiten bietet und daher auch besonders reiflich durchberaten werden muß. Die Vorschläge sind daher, ebenso wie die Abhandlung des Gen. Bauer, nur als Diskussionsgrundlage zu betrachten.

Wenn wir von der Not der Zeit ausgehen, müssen wir vor allem nach den Ursachen des Mangels und den hohen Preisen der Produkte fragen. Es ist nicht der Krieg und dessen Nachwehen allein, die uns in diese unhaltbare Lage gebracht, sondern es sind auch Ursachen der privatkapitalistischen Wirtschaft, die schon vor dem Kriege wirksam waren. Es ist vor allem die Rückständigkeit des größten Teiles der Bauern und der ländlichen Arbeiterschaft, die einen Weg dazu erschwert. Dann ist es das Privateigentum an Grund und Boden, die zerfahrenen Eigentumsverhältnisse am Lande, die an dieser internationalen Erscheinung Schuld tragen. Die Kurzsichtigkeit unserer Regierung, die Gesetze schafft, die alles andere, denn eine Lösung dieser Frage bedeuten, muß diese Krisis noch verschärfen. Die bürgerlichen Parteien sind dank der Zerfahrenheit der Arbeiterbewegung wieder nach oben gekommen und suchen nun die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden noch fester zu verankern. Die Arbeiterschaft wird daher noch eine geraume Weile um die Lösung dieser Frage in unserem Sinne zu kämpfen haben. Was tut vor allem Not? Hebung der Produktion der Landwirtschaft und Viehzucht. Unser heimischer Boden hat schon in Friedenszeiten die Bevölkerung nicht ernährt und es mußten gewaltige Mengen von Lebensmitteln aus dem Auslande eingeführt werden. Zu dieser Zeit glaubten die Führer der Agrarier die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion erreichen zu können durch Absperrung der Grenzen, durch hohe Schutzzölle. Als Amerika noch Getreidelieferant Europas war und die Preise so stark unterbot, daß die heimische Landwirtschaft nicht mehr auf ihre Rechnung kam, waren diese Zölle zu verstehen. Heute hat sich das Bild verschoben, heute braucht Nordamerika sein Getreide selbst. Vor dem Kriege erhoffte man sich auch eine gesteigerte billige Einfuhr durch die Erschließung von Neuland, die Besiedelung Mesopotamiens, Kleinasiens, des russischen Reiches usw. Diese Hoffnungen sind für lange Zeit begraben. Ebenso ist eine erhöhte Produktion in den alten Kornammern, in Rußland, den Balkanstaaten, Ungarn usw., unter den heutigen Verhältnissen ausgeschlossen. Es besteht somit keine Hoffnung, daß auf dem Weltmarkt in absehbarer Zeit ein Umschwung in den wirtschaftlichen Bedingungen des Kornhandels eintritt. Es ist vielmehr geradezu in Frage gestellt, ob auf dem Wege der automatischen Neubesiedelung und Kulturbesserung und auf dem Boden der reinen Privatwirtschaft die Brotfrage noch lösbar ist. Wir werden daher in jedem Lande auf die Hebung der eigenen Produktion mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, der Eigenarbeit und den wirtschaftlichen und politischen Umständen des Landes entsprechend bestrebt sein müssen.

Die zwei wichtigsten Fragen, die da zu lösen sind, sind die Hebung der Kultur der Landebauer, und die Regelung der Eigentumsverhältnisse am Lande, die einer Bodenreform hindernd im Wege stehen. Zur Frage der Hebung der Produktion können wohl die Richtlinien des Genossen Bauer mit einigen Modifikationen auch für die Tschechoslowakei angenommen werden, als da hauptsächlich sind: 1.) Die Schulreform, die auch die Aufgabe hat, das Landvolk zur Nationalisierung seines Arbeitsverfahrens zu erziehen. 2.) Die Volksschule, die neben dem allgemeinen Unterrichte die verschiedenen Wirtschaftsmethoden und Arbeitsverfahren zu ermitteln hätte. 3.) Die Ausbildung von Lehrern diesen Zwecken entsprechend theoretisch und praktisch an landwirtschaftlichen Mittelschulen. 4.) Die Dorfschulen mit Schuläckern auszugestalten oder sie an Musterwirtschaften anzugliedern. 5.) Begabe Kinder unentgeltlich an höhere landwirtschaftliche Lehranstalten zu schicken, diese Lehranstalten modernisiert auszugestalten usw. Eine ebenso wichtige, wenn nicht erhöhte Bedeutung, muß auch der zweiten Forderung beigemessen werden, der Vorbedingung einer rationalen intensiveren und ökonomischeren Bewirtschaftung, der Zusammenlegung der Bodenparzellen.

Bei keinem Stande ist der Eigentumsfanatismus so ausgeprägt, als bei dem kleinen und mittleren Bauern. Das ist aber leicht erklärlich und liegt in der Natur der Sache. Der kleine Landwirt muß von früh bis spät abends arbeiten. Jede Scholle seines Stückchens Bodens ist ihm bekannt, an jeder derselben lebt sein Schwein. Je mehr wächst er ihm ans Herz. Der Landmann ist in stetem Umgang mit der Natur selbst mit ihr förmlich verwachsen und wird, z. B. an einem Stück Vieh, das er von jung an aufgezogen hat, mit besonderer Liebe hängen. Schon aus diesen kleinen Jügen erklärt sich das Ableben an seiner Scholle. Je primitiver er seine Wirtschaft betreibt, je rückständiger seine Arbeitsmethoden sind, desto mehr physische Arbeitskraft wird er zur Erzielung einer Ernte brauchen, desto mehr Zeit wird er aufwenden müssen. Gerade bei den kleinen Bauern wird daher wenig Zeit, werden wenig Mittel für Verständnis für die Zukunft seines Berufes. Die Bestrebungen zur Herbeiführung der Zusammenlegung zerplitterter Bodenflächen werden daher stets auf Widerstand stoßen, der von stumpelosen gegnerischen Parteien in demagogischer Weise ausgeübt werden wird. Wie aber sind keine Demagogen, und liegt das Wohl und Wehe des ganzen arbeitenden Volkes am Herzen, wir werden daher den Kleinbauern in den großen neuen Wirtschaftsplan einzuordnen und ihn dafür zu gewinnen trachten. Neben der sachlichen und sozialen Aufklärungsarbeit des besitzenden Landproletariates werden daher die Bestrebungen auf dem Boden der Gesetzgebung Hand in Hand gehen müssen, die Vorarbeiten für den neuen Wirtschaftsplan zu machen. Es wird notwendig sein, von der verpöblichten Bodenreform der tschechischen Regierung zu retten, was zu retten ist. Der Boden des Großgrundbesitzes muß den arbeitenden Bauern gegeben werden. Jedoch muß dabei jede nicht im Interesse der Hebung der Produktion liegende Zersplitterung des Bodens vermieden werden. Zu diesem Zwecke wären Zwangsgenossenschaften der Kleinbauern und Häusler zu bilden, die solche Besitztümer sachmännischer Leitung einheitlich bewirtschaften. Weiter ist eine Reform des Erbrechtes notwendig. Jeder Besitz an Grund und Boden, der nicht ausschließlich zum persönlichen Gebrauch dient, wie Hausgärten usw., fällt nach dem Tode des Besitzers dem Staate zu. Die Erben haben aber das Recht, so lange als Erbpächter auf dem Besitze zu wirtschaften, bis eine Komassation und Einteilung in einheitliche Wirtschaftsgelände in der Gemeinde durchgeführt wird. Der Pachtzins dieser Pächter dürfte die Summe der gegenwärtig geltenden Grundsteuer nicht übersteigen. Aus der gemeinsamen betriebenen Wirtschaft muß der Betreffende dieselben Erträge ziehen erhalten, als er auf eigenem Boden durch eigene Arbeitskraft bewirtschaftet hätte. Dazu ist eine Verwaltungsreform nötig, die sich im Wesentlichen auf die Errichtung von Kreis- und Bezirksagrarkommissionen und Behörden zu erwidern hätte. In diesen Vertretungen müssen sowohl die Arbeiter und Beamten als auch die Konsumenten und der Staat eine Vertretung haben, die ähnlich wie bei den gemeinwirtschaftlichen Anstalten zu fungieren hätten. Diesen Stellen wird vor allem die Aufgabe zufallen, die Komassation nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten in die Wege zu leiten, bei der Beschaffung von lebendem und totem Inventar und aller Hilfsmittel mitzuwirken und die intensive Bewirtschaftung der Betriebe zu leiten und zu überwachen. Die Agrarbehörden können nach Anhörung der Vertretung zwingende Vorschlä-

en erlassen über die gemeinsame Bewirtschaftung, über Auswahl des Saatgutes, Bekämpfung der Pflanzenschädlinge, Ueberwachung des Bauwesens, Förderung und Ueberwachung des Genossenschaftswesens usw. In dieser Reform der Agrarwirtschaft hat der Staat die Mittel beizustellen. Zur Hebung der Landwirtschaft auf dieser neuen Grundlage ist im Interesse des Staates auch auf die ökonomische Ausnützung der im Lande vorhandenen Düngemittel und Düngstoffe weitestgehend Rücksicht zu nehmen. Bei der Affanierung von Städten sollen Vertreter oder Sachberater der Agrarbehörden zugezogen werden, um die Abwässer und den Kloakenabfall nutzbar zu machen. Desgleichen ist bei der Verteilungsorganisation oder beim Vertrieb landwirtschaftlicher Produkte auch eine Vertretung dieser Agrarwirtschaft zu berufen.

Das Vorgeführte zeigt, daß unser Programm etwas weit abgeleitet ist, und schon auf das Endziel, die Vergesellschaftung der Produktion zielt. Bis dahin aber sind noch viele andere Aufgaben zu bewältigen, die hier aufzählen zu weit gehen würden. Wenn wir z. B. die futuristische Reife der Landbevölkerung für diese Gemeinwirtschaft aufstufen, so sind die anderen von uns programmatischen niederzulegenden Richtlinien, wie der weitestgehende Arbeiterlohn der Landarbeiter, das Wohnungswesen am Lande, die Besiedlungsfrage, Kreditbeschaffung und vieles andere nur Etappen, über die das Ziel erreicht werden muß.

Letzte Nachrichten.

Paris, 3. September. (Havas.) Die Votierkonferenz hat den diplomatischen Vertretern der Alliierten in Budapest Weisungen zugehen lassen, worin sie ersucht werden, beim ungarischen Regierungschef Schritte zu unternehmen, um seine Aufmerksamkeit auf die Haltung Magyars in der weitungarischen Frage zu lenken.

Wien, 3. September. Die nächste Sitzung des Bundesrates findet am Dienstag, den 6. September, mit der Tagesordnung Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika statt.

Madrid, 3. September. Die Unruhen dauern im Industriegebiet an. Militär patrouilliert die ganze Nacht in den Straßen. Die Polizei bemerkt heute vormittags im Eingeborenenviertel einen Brand und begab sich dorthin. Sie wurde von den Eingeborenen mit Steinwürfen empfangen, konnte aber doch die Manifestanten zerstreuen, zwischen denen ein Kampf entbrannt war, in dem sich zwei Seiten gegenüber standen. Eine Anzahl von Eingeborenen wurde verhaftet.

Die Ententegeandten beim Bundeskanzler. Wien, 2. September. Wie die politische Korrespondenz erzählt, haben heute die Vertreter der Hauptmächte bei dem Bundeskanzler vorgesprochen und die Stellung ihrer Regierungen in der weitungarischen Frage in dem bekannten Sinne — nämlich Oesterreich hat sich in seine eigenen Angelegenheiten nicht hineinzuweisen und hat zu warten — präzisiert.

Ein Aufruf des Landesverwalters. Mattersdorf, 3. September. Der Landesverwalter für das Burgenland Dr. Davn hat an die Bevölkerung des Burgenlandes einen Aufruf erlassen, worin es heißt, daß er noch vor der Vollziehung des formalen Aktes der Uebergabe als Landesverwalter mit dem heutigen Tage die oberste Leitung der Verwaltung innerhalb des von der österreichischen Gendarmerie und Zollwache besetzten Gebietes übernimmt. Er rechnet zuversichtlich darauf, daß die Bevölkerung ihn und die öffentlichen Organe vertrauensvoll unterstützen werden, und gewärtig, daß sie den Anordnungen der österreichischen Funktionäre unbedingt Folge leisten. Alle Verordnungen werden unparteiisch behandelt werden.

Scheinamnestie für Baranya. Budapest, 3. September. (M.A.S.) Ein Erlass des Reichsverweisers verfügt, daß der am 25. Dezember 1920 herausgegebene Amnestierlass auch auf das von den jugoslawischen Truppen besetzte geräumte Gebiet bezüglich aller vom 31. Oktober 1918 bis zum Einzug der ungarischen Nationalarmee verübten Strafhandlungen angewendet werde. — Bekanntlich öffnet die Horthy'sche Amnestie vom 25. Dezember 1920 nicht eine Kerkertür für politische „Verbrecher“.

Tages-Neuigkeiten.

Schulbeginn. Wieder öffnen die Schulen ihre Tore. Neue Scharen kommen, Kinder einer neuen Zeit, aber der Geist ist der alte geblieben. Noch immer erziehen wir unsere Jugend zu Arbeitsmaschinen, statt zu hoch schaffenden Menschen, noch immer setzt sich gleich auf die Bänke der Kleinsten, der Klassengegenüber als furchtbarer Genosse, Pfaffen aller Konfessionen streiten um die jungen Seelen, der Messias des nationalen Hasses legt sich vergiftend auf die

eben erblühenden Blüten. Die Sechsjährigen, die hier zum erstenmal zur Schule wandern, haben die Zeiten des äußeren Friedens, eines auch aus notdürftigen Behagens nicht mehr gefamnt, gut die Hälfte von ihnen wußte sich bei dem trauten Worte „Vater“ jahrelang nichts Greifbares vorzustellen und vielen wird der Erzeuger fremd bleiben in Ewigkeit. Sind sich die Lehrer, welche diese Scharen in Empfang nehmen, ihrer schweren Verantwortung auch bewußt? Wissen sie, daß es zum Teil auch ihre Saat war, welche 1914 so blutig aufgegangen ist? Wären die Menschen damals frei und aufrecht dagestanden, dann hätten sie nicht an Lumpen, Karren und Loren ihre wichtigsten Lebensrechte vertrauensvoll abgetreten, hätten sich nicht leichtgläubig von ihnen in Völlerhah und Werd beugen lassen. Politisch im engeren Sinne hat in der Schule nichts zu suchen. Aber wenn die Lehrer aus den ihnen zur Gut anvertrauten Kindern das schlummernde Menschentum voll und ganz herausholen, daß es sich zu reifer, reifer Blüte entfalte, dann haben sie doch eine große, weltpolitische Tat geleistet. Junges Geschlecht, wir grüßen Dich! Wachse frei und frei damit Du die Fesseln abwürfdest, den Hassgeist und völlerische Verblendung um Deine Väter geschlagen hast! Wir grüßen Dich in froher Erwartung, aber auch voll bitteren Bangens, weil wir viele von denen, welche Deine Lehrer sein sollen, blind und haherfüllt nach rückwärts starren sehen, weil gerade unter Mittel- und Hochschülern Deine künftigen Erzieher, die Reaktion ihre größten Triumphe feiert. Behüte das Geschick, davor, ihren Lehren zu lauschen und Dich von ihnen in neuen Krieg, in neue Not einzuspinnen zu lassen!

Einen unerhörten Mißbrauch von Arbeitern haben sich einige Herren geleistet, die im Vorstande der ehemaligen Betriebskassentasse der Wärbentaler Zuckerpinnerel und Weberei saßen. Im Jahre 1916 haben sie ohne Vorstandsbeschluss 11.000 Kronen Kronenrente verpfändet, die die Kasse besaß, und dafür 10.000 Kronen Kriegaanleihe gezeichnet, obwohl die Kasse fast gar kein Geld zur Verfügung hatte. Man blieb auch den ganzen Betrag schuldig. Bei der Auflösung dieser Kasse weigerte sich nun die Bezirksbankentasse selbstständig, die Kriegaanleihe und die Schuld an das Bankhaus zu übernehmen, was auch im Rückwege in dritter Instanz vom Ministerium für soziale Fürsorge anerkannt wurde. Nun legten die Kriegaanleihenmacher den Arbeitern ein Schriftstück zur Unterschrift vor, von dem man ihnen nur sagte, daß es von der Bankentasse handle, ohne ihnen aber von dem Inhalte des Schriftstückes etwas mitzuteilen. Einige Arbeiter setzten tatsächlich ihre Unterschrift unter die Behauptung, daß die Arbeiter sich mit der Zeichnung der Kriegaanleihe im Jahre 1916 einverstanden erklärt haben. In Wirklichkeit sind sie damals gar nicht gefragt worden und nun mißbraucht man sie, um ihnen Schuld und Verantwortung aufzuhacken zu können. So stark dieses Stück ist, so wenig wird es den Herren nützen. Sie, die damals die Kriegaanleihe zeichneten, werden sie auch bezahlen müssen.

Eine Prager kommunistische Zeitung eingestellt. Die in Prag erscheinende kommunistische Zeitung „Pravda“, die bisher in Prag in russischer Sprache erschien und deren Herausgeber der Vorsitzende der kommunistischen Partei Sture war, wurde eingestellt. — So sieht die Pressefreiheit in diesem „demokratischen“ Staate aus!

Betrügereien mit gefälschten Postanweisungen. Vor einem Monate wurden bei der Postdirektion in Prag bei der Revision der ausgehenden Postanweisungen zwei Postanweisungen mit dem Poststempel Bratislava vorgefunden, welche auf den Namen Franz Maschel, Kgl. Weinberge, Bschradská ulice Nr. 19 und auf den Betrag 4850 Kronen lauteten. Diese Postanweisungen waren gefälscht und auch der Adressat, welchem das Geld am 7. Juni ausbezahlt worden war, konnte überhaupt in dem angeführten Hause nicht ausfindig gemacht werden. Am 29. August wurde abermals festgestellt, daß am 8. August auf dieselben gefälschten Postanweisungen hin dem erwähnten Maschel wiederum 8850 Kronen ausbezahlt wurden. Bei der Untersuchung dieses Vorfalles erinnerte sich der Postunterbeamte Habacek, der das Geld auf die Anweisungen ausbezahlt hatte, daß er den erscheinenden Betrag nicht dem Maschel, sondern dem neunzehnjährigen Versicherungsbeamten Alois Tufar ausbezahlt habe, der in dem angeführten Hause wohnt. Durch die weitere Untersuchung wurde festgestellt, daß an Stelle der mit dem Namen Tufar versehenen Postanweisungen, welche Habacek nach der Auszahlung des Geldes bei der Post abführte, andere gefälschte Postanweisungen auf den Namen Maschel eingelegt und die ursprünglichen Postanweisungen gestohlen worden waren. Tufar wurde deshalb verhaftet und gab beim Verhöre zu, daß er beide Betrüge gemeinsam mit dem neunzehnjährigen Aushilfspostbeamten Bohumir Snelz durchgeführt habe. Die Postanweisungen stülte Snelz aus, weshalb sie mit den gefälschten Stampiglien des Brechburger Postamtes und reichte sie unter die übrigen, bei der Post eingegangenen Anweisungen ein. Später stahl er diese ausgehenden Postanweisungen und legte andere an ihre Stelle, damit er den Verdacht von Tufar ablenke. Bei der Sonderuntersuchung wurden bei Snelz 3386 Kronen und bei Tufar 850 Kronen vorgefunden. Das übrige Geld hatten sie schon ausgegeben. Beide wurden dem Landesstrafgerichte eingeliefert.

Treibern einer Diebsbande. Seuer wurden in Dolleschowitz mehrere gewagte Einbrüche in Geschäfte und Auslagen mit Schnittware verübt, ohne daß es möglich war, den Tätern auf die Spur zu kommen. Erst jetzt gelang es Detektiven festzustellen, daß auf der Ueberfuhr aus Dolleschowitz nach Karolinenthal in den letzten Monaten eine größere Menge von Leinwandballen von dem bei der Ueberfuhr beschäftigten Johann Zika verkauft wurden. Bei der Hausdurchsuchung wurden Leinwandreste und Wäsche vorgefunden, welche Zika von einem unbekanntem Manne gekauft haben will. Die Detektive stellten jedoch fest, daß sich auf der Ueberfuhr die bekannten Diebe Gebrüder Franz und Karl Taborak aus Pizow zu treffen pflegten. Beide Brüder gaben nach der Verhaftung an, daß sie eine größere Anzahl von Einbrüchen ausgeführt hätten. Der angerichtete Gesamtschaden beträgt ungefähr 170.000 Kronen. Die Diebe wurden mit den Dohlern dem Landesgerichte eingeliefert.

Wasserstandsbericht: Hohenfurth — 7, Budweis — 26, Tabor — 10, Moldautin — 16, Bistetz — 19, Kamak — 8, Zichowitz — 44, Perücken am See — 24, Berann — 45, Mubran — 84, Prag (Alte Mühlen) — 15, Karolinenthal — 8, Pardubitz — 26, Brandeis a. d. E. — 57, Melnik — 24, Loun — 68, Leitmeritz — 56, Aussig — 75, Teitschen — 83. — Voraussage für den 4. d. M.: Aussig — 76, Teitschen — 84.

Kleine Chronik.

200 westvirginische Grubenarbeiter von Militärfliegern getötet. Paris, 3. September. Nach einer „Matin“-Meldung aus London kam es in Westvirginien zu neuen Unruhen unter den Grubenarbeitern. Diese wurden von Militärfliegern angegriffen, wodurch ungefähr 200 Mann von ihnen getötet wurden.

Eine Brandstiftung durch Faschisten bei Trieste. Laibach, 2. September. (Lob. Korv. A.) „Slovenski Narod“ meldet aus Trieste: Heute nachts sind Faschisten auf Autoschienen nach Triest ins Volkshaus in Brand geschickt. Das Gebäude ist bis auf den Grund niedergebrannt. Der slowenischen Bevölkerung hat sich juchbare Erregung bemächtigt.

Jugoslawischer Journalistenkongress. Spalato, 2. September. Der jugoslawische Pressekongress hat vor seiner Beendigung einen Kollektivvertragsskizzenentwurf mit den Herausgebern der Blätter angenommen, weiters eine Resolution, in der die Journalisten aufgefordert werden, die Diskussion für Rußland zu unterstützen, ferner eine Resolution, die Regierung möge vor der Erhebung des Prekzeses eine Enquete der Journalisten einberufen und ihre Wünsche und Anträge berücksichtigen. Sodann wurde ein Antrag angenommen, daß die Eisenbahnarten den organisierten Journalisten und nicht der Redaktion des Blattes ausgestellt werden sollen, ferner ein Zusatzantrag, indem Reziprozität bei der Ausgabe von Eisenbahnarten mit der Tschechoslowakei verlangt wird. Es wurde ein Ausschuss gewählt, der sich mit dem Ausschuß der tschechoslowakischen Journalistenorganisation in Verbindung setzen soll, um zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Dem Präsidenten Masaryk hat der Kongress ein Begrüßungstelegramm geschickt. Die Teilnehmer an dem Kongress waren während der ganzen Dauer Gäste der Stadt Spalato.

Gewalt gegen Gewalt. Rom, 2. September. (Havas.) Fürst Xavier Bourbon hat die Pächter auf seinem Gutbesitz Schiavi entlassen. Die Bauern drangen gewaltsam in das Haus ein, in das sich der Prinz geflüchtet hatte und nötigten ihn, die Pächter weiterzubehalten.

Theaternachrichten.

Neues Theater. Heute nachm. Gastspiel Bepi Glöckner-Kramer „Das Sperrfischel“. Anfang halb 3 Uhr. Abends und Donnerstags „Tanz ins Glück“, Dienstag die neuen Puccini-Opern. „Der Mantel“, „Schwester Angelica“, „Gianni Schicci“. Mittwoch nachts 10 Uhr Nachvorstellung „Rosa Mistral“. Donnerstag nachm. die Operette „Blau Majur“ mit Georg Kober. Sonntag nachm. Gastspiel Rich. Kubla „Kavalleria“ — „Bajazzo“ — Gerhart Hauptmanns schlesisches Volksdrama „Die Weber“ wird am Mittwoch, den 14. September unter Mitwirkung des gesamten Schauspielpersonals neuinszeniert zur Darstellung gelangen. Spielleitung: Hans Demich. — Wilhelm Schmidhoun hat die Uraufführung seiner neuen Komödie „Die Schanzpfeiler“ dem deutschen Landestheater in Prag überlassen. Die tragende männliche Hauptrolle wird Leopold Kramer darstellen. Der Termin der Aufführung ist für Samstag, den 24. September festgesetzt. Kartenverkauf für alle Vorstellungen bis einschließlich Sonntag.

Aus der Partei.

Unser Reichenberger Bruderblatt „Sozialdemokrat“ hat seinen Namen in „Freigeist“ geändert. In diesem Namen ist ausgedrückt, daß das Blatt an die Traditionen jener Zeiten anknüpfen will, in denen der frühere

„Zeitgeist“, aus dem der jetzt kommunistische „Vorwärts“ hervorgegangen ist, das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterkraft in Reichenberg war.

Kreiskonferenz Troppan. Sonntag, den 2. Oktober in Troppan. Neuwahl der Kreisvertretung.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Ein neues Unternehmen der tschechischen Arbeiterbewegung. Die tschechische Großeinkaufsgenossenschaft beabsichtigt unter Mitwirkung des Verbandes der tschechischen Genossenschaften eine genossenschaftliche Transportversicherungsanstalt in Prag zu gründen. Das Gründungskapital beträgt eine Million Kronen. Zweck der Gesellschaft ist die Versicherung von Waren beim Transport auf Bahnen und der Post im Inlande.

Ein sonderbares Börsenmanöver. Die „Rozhodni Politika“ hat vor einigen Tagen eine Notiz veröffentlicht, in der gesagt wurde, daß die Regierung die Absicht habe, zwei Milliarden neuer Banknoten drucken zu lassen, eine Ausgabe, die freilich später berichtigt wurde. Die gestrige „Tribuna“ greift nun diese Nachricht auf und behauptet, daß die Notiz so geschrieben ist, daß immerhin der Eindruck entstehen kann, daß an den Kredit einer so großen Menge von Banknoten gedacht werde. Die Meldung soll, so behauptet die „Tribuna“, eine Frucht vor der Krone, das heißt eine gesteigerte Nachfrage nach Wertpapieren hervorgerufen, steht also im Dienste einer Gruppe von Spekulanten, die Interesse an einem Steigen der Wertpapiere, einer Börsenhautse haben. Die Folge derartiger Nachrichten kann ein weiterer Sturz unserer Krone sein, an der ein Teil unserer Exporteure Interesse hat, denn je tiefer die Krone steht, desto größer die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie im Auslande. Die „Tribuna“ weist darauf hin, daß es bereits das zweite Mal ist, daß die „Rozhodni Politika“ in derartiger Weise schreibt und daß dieses Blatt unlängst eine Notiz über eine geheime Anleihe der Tschechoslowakei in Deutschland gebracht hat.

Bankausweis per 31. August 1921. Der letzte Ausweis des Bankamtes des Finanzministeriums zeigt ein Ansteigen des Banknotenumlaufes um K 492.693.000 auf K 11.155.175.000; ebenso hat sich der Stand der ausgegebenen Kassenscheine in der letzten Woche um K 22.753.000 auf 420 Millionen erhöht. Diese Steigerung der Verpflichtungen des Bankamtes wird durch einen Zuwachs der Aktiva gedeckt; der Bestand an Wechseln, die das Bankamt diskontiert und wogegen es Noten ausgibt, hat sich um K 44.686.006 auf K 810.246.000 vermehrt, ebenso sind die gegen Hinterlegung von Wertpapieren gewährten Darlehen auf K 2.399.596.000 angewachsen. Auch der Vorrat an Edelmetallen zeigt ein Mehr von 2.559.000 K gegenüber dem 23. August und beträgt zum Monatsfiskus K 337.609.000. Der Bankausweis zeigt, daß sich der Notenumlauf im Rahmen der durch das Gesetz vom 10. April 1919 festgesetzten Bestimmungen bewegt; nach diesem Gesetze kann der Notenumlauf über das Ausmaß der einerzeit abgestempelten Noten sowie über die Hälfte der Vorratshaben bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank zur Zeit der Notenabstempelung nur dann erhöht werden, wenn sich eine bankmäßige Deckung ergibt, d. h. jede jeither ausgegebene Staatsnote muß durch Metall oder Wertpapiere, durch Wechsel oder durch Guthabungen im Ausland gedeckt sein. Es ergibt sich nach dem Ausweis vom 31. August ein tatsächlicher Umlauf von 11 Milliarden 455.175.240.70 K, während die gesetzlichen Bestimmungen die Ausgabe weiterer K 20.480.000 zulassen würden; eine Steigerung über dieses Ausmaß oder die Notenausgabe gegen andere als bankmäßige Deckung würde eine neue gesetzliche Regelung erfordern.

Die Branndindustrie in der Tschechoslowakei. Im „Benfow“ finden wir eine Zusammenstellung über die Branndindustrie nach dem Kriege. Im ganzen gibt es in der Tschechoslowakei 585 Brauereien, welche 1919-20 5.709.294 Hektoliter Bier gebraut haben; davon entfallen auf Böhmen 463 Brauereien mit einer Produktion von 4.358.593 Hektoliter, auf Mähren 71 Brauereien mit einer Erzeugungsmenge von 776.491 Hektoliter, Schlesien hat 18 Brauereien mit 276.215 Hektoliter, die Slowakei 19 Brauereien mit 146.710 Hektoliter, Karpathenrußland eine Brauerei mit 20.393 Hektoliter. Im Jahre 1918-19 wurden im ganzen nur 3.512.217 Hektoliter gebraut, was ein bedeutendes Wachstum der Branndindustrie seit Kriegsende erweist. An Biersteuer nahm der Staat im ganzen 73.412.547 Kronen ein. Drei Brauereien erzeugen jährlich mehr als 100.000 Hektoliter, und zwar: Bürgerliches Brauhaus in Pilsen 376.016 Hektoliter, Aktienbrauhaus in Smichow 248.082 Hektoliter und Biskner Aktienbrauerei 121.486 Hektoliter.

Wirtschaftliche Verhandlungen mit Griechenland. Wie die tschechischen Blätter melden, werden in der nächsten Zeit Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages mit Griechenland beginnen. Der griechische Markt ist gegenwärtig für unsere Waren infolge der dortigen hohen Zölle fast unzugänglich, die Verhandlungen werden daher den Zweck haben, die Zölle für unsere Industrieartikel zu ermäßigen. Für die Einfuhr nach Griechenland kommen Textilwaren, Metallwaren, chemische Artikel, Papier, Farben, Glas- und Tonwaren in Betracht, während wir von Griechenland Olivenöl, Wein und Wolle kaufen können.

Internationaler Buchdruckerkongress. Am 5. September tritt in Wien der internationale Buchdruckerkongress zusammen. Die Tagesordnung

kreist folgende Punkte auf: 1. Eröffnung des Kongresses, Wahl des Bureau's, Mandatprüfung und Freisetzung der Geschäftsdirektoren. 2. Bericht der Sekretariatskommission (christlichsoziale Bewegung). 3. Gegenseitigkeitsverträge (gegenseitige organisatorische und materielle Beziehungen zwischen den Verbänden, Biatikum, Gegenseitigkeitsmarke, Kontrollnummer, einheitliche Valuta). 4. Industrieverband (Stellungnahme zur Schaffung von Industrieverbänden). 5. Technische Entwicklung im graphischen Gewerbe. 6. Tarifliche und tarifliche Fragen (Berufsgemeinschaft, Landes-, Regional- und Lokaltarife, Frauenarbeit). 7. Frage der Pressefreiheit. 8. Aufschluß der dem Internationalen Buchdruckersekretariat noch fernstehenden Verbände und Zusammenschluß der kleinen Organisationen. 9. Anträge der Verbände. 10. Wahl des Sekretärs. 11. Bezeichnung des Bortes.

Reforierte in Frankreich. Aus Paris wird gemeldet: Im Ministerrat teilte der Landwirtschaftsminister Lefebvre mit, daß die Getreideernte in diesem Jahre nach Schätzungen sich auf etwa 87 Millionen Zentner belaufen wird, einschließlich zweier Millionen Zentner in Elfaß-Vohringen. Das stelle einen noch nie dagewesenen Durchschnittsertrag von 16.40 Zentner pro Hektar dar.

Turuen und Sport.

Heute spielen in Prag D. F. C. gegen Vienna, Wien; Slavia gegen S. K. Kladno (Meisterschaft).

Das Länderspiel Niederösterreich gegen Süddeutschland findet heute in Wien statt. **Nachkämpfe zur Antwerpener Olympiade.** Der C. S. S. F. richtete an die englische Football Association und an die englische Schiedsrichtervereinigung ein Schreiben, in dem er sein Bedauern darüber ausspricht, dass die tschechoslowakische Mannschaft beim Schlußspiel der olympischen Spiele in Antwerpen vom Spielfelde abtrat und teilte gleichzeitig mit, daß der Kapitän der Mannschaft vom C. S. S. F. streng bestraft wurde.

Sparta Prag spielt auf der Rückreise aus der Schweiz in Wien am 15. September gegen Hakkab, am 16. gegen W. A. F.

Die staatliche Hilfsaktion für Russland.

Prag, 3. September. In Ergänzung und näherer Aufklärung des in den Tagesblättern veröffentlichten Aufrufes, erachtet es der ständige interministerielle Ausschuss für die Hilfeleistung an Rußland für notwendig, folgende Einzelheiten zur allgemeinen Kenntnis zu bringen: Das Ministerium des Innern wird durch seine Organe, unter freiwilliger Mitwirkung aller örtlichen Organisationen, ohne Unterschied der politischen Partei, 14 Tage hindurch, und zwar vom 11. bis 25. September, auf dem ganzen Gebiete der Republik eine Sammlungsaktion von Geld und Gegenständen vornehmen. Die Geldbeträge werden nach Beendigung der Sammlungen direkt dem ständigen interministeriellen Ausschuss eingesendet werden. Die gewidmeten Gegenstände werden vorläufig bei den Vorsitzenden der Ortsausschüsse verwahrt werden. Es werden neue und alte Gegenstände angenommen, nur wenn sie nicht dem Verderben unterliegen (Lebensmittel) und wenn sie überhaupt verwendet werden können. Es gibt heute überhaupt nichts, was nicht in Rußland irgendwie verwendet werden könnte, auch wenn es bei uns in den Haushalten nicht mehr benützt werden kann. Kleidungsstücke und einzelne Bestandteile, Wäsche, Schuhe, auch bereits getragene, die sich irgendwie zur Reparatur eignen, Stoffreste und Leinwand, Tisch- und Küchengeräte, Hausgeräte, Löffeln, Gabeln, Messer, Gläser, Scheren, Nadeln, Zwirn, Bleistifte, Federn, reines Papier, Seife, Wirtschaftsgeräte (alte und neue), Schaufeln, Axten, Rechen, Hacken, Sensen, Nähmaschinen und landwirtschaftliche Maschinen. Auch die ärmste Familie ist dadurch in die Lage versetzt, sich an der Sammlung zu beteiligen. Am 25. September nach Beendigung der Sammlungen wird das Ministerium für Nationalverteidigung in Tätigkeit treten, das durch seine Organe den Transport seines gesammelten Materials zu den Eisenbahnstationen und von dort weiter in die Zentrallager mittels des Eisenbahnapparates vornehmen wird. In den Zentrallagern wird das Nationalverteidigungsministerium die Einreihung der Gegenstände je nach ihrer Art durchführen. Beschädigte Gegenstände, Kleidung, Wäsche und Schuhe wird es durch seine Handwerker reparieren lassen und alles zum weiteren Transport definitiv vorbereiten. Mit der Organisation der Sanitätshilfe befassen sich das tschechoslowakische Rote Kreuz und das Gesundheitsministerium unter Mitwirkung der ärztlichen Organisationen. Das Ministerium für Nationalverteidigung widmet ausserdem zwei Sanitätszüge und ein Feldkrankenhaus mit dem Personal und allen Einrichtungen. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten wird durch seine Organe die gesamte Aktion leiten, den auswärtigen Transport des gesamten gesammelten Materials besorgen. Es steht in ständiger Verbindung mit der Liga der Roten Kreuz-Verene und mit den Komitees der anderen Staaten. Eine besondere Sachverständigenkommission wird für das gespendete Geld (Kleidung, Wäsche, Arzneien, Schuhe, landwirtschaftliche Geräte und Lebensmittel) zukaufen, die ohne Schaden für die Ernährung der heimischen Bevölkerung ausgeführt werden können. Der Transport nach Rußland wird auf Grund des gemeinsamen mit den Komitees der übrigen europäischen Staaten unter der Oberleitung Nansens

im Einverständnis mit den von der Sowjetregierung und ihren Organen ausgearbeiteten Plänen erfolgen. Unsere Transporte werden von unseren, von der Regierung und aus den Reihen der Spender bestimmten Personal begleitet werden, das auch bei der Übergabe der Gegenstände in Rußland anwesend sein wird.

Nationalisierung oder Sozialisierung.

Vom Internationalen Gewerkschaftsbunde in Amsterdam wird uns geschrieben: In dem Absagebrief, den der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Samuel Gompers, an den Internationalen Gewerkschaftsbund richtete, bezeichnete er den Kampf für die Sozialisierung als Festlegung auf revolutionäre Grundsätze, fuhr er fort, habe diese Grundsätze stets unerbittlich bekämpft. Keine Arbeiterbewegung, die sich von demokratischen Grundsätzen leiten lasse, könne diesen Grundsätzen ihre Zustimmung geben. Dieses Schreiben datiert vom 5. März 1921.

Seit dieser Zeit scheint der amerikanische Gewerkschaftsbund sich tiefgreifend gewandelt zu haben. Unabhängig von der „revolutionären Politik“ der Amsterdamer Internationale, bekennt er sich jetzt zu denselben revolutionären Grundsätzen, um deren willen er sie verlassen hat. Auf dem amerikanischen Gewerkschaftskongress in Denver im Juni dieses Jahres wurde von den Eisenbahnerorganisationen eine Resolution eingebracht, die als die unzweifelhaft bedeutendste des ganzen Kongresses angegeben worden ist. Diese Resolution verlangt, dass der Gewerkschaftsbund mit vereinter Kraft die Gesetzgebung unterstützen soll, die den Gemeinbesitz und die demokratische Betriebsführung der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten herbeiführen soll. Diese Resolution erklärte einer ihrer berufensten Vorkämpfer, liefert den echt amerikanischen Plan für die Lösung unserer industriellen Probleme. Er ist wahrhaft demokratisch, kein importiertes Monstrum. Die Resolution fördert wenigstens für die Eisenbahnverwaltung die wirtschaftliche Demokratie als selbstverständliche Ergänzung der von den Vätern überkommenen politischen Demokratie. Über diesen Punkt der Resolution gab es keine Uneinigkeit. Während noch auf dem Kongress von Montreal 1920 eine starke Minderheit sich dem Gemeinbesitz und der demokratischen Verwaltung der Bahnen widersetzt, wurde diesmal der Vorstand des Gewerkschaftsbundes beauftragt, mit allen Mitteln innerhalb seines Machtbereiches die Eisenbahnerorganisation zu unterstützen, um diese Gesetzgebung ins Leben zu rufen. So stark hatten sich die Verhältnisse geändert, daß die Gegner dieser Resolution den Verdacht aussprachen, daß die Anhänger der Resolution in Wirklichkeit alle Schlüssel-Industrien in Gemeinbesitz überführen wollten. Daß dieser Verdacht nicht unbegründet ist, beweist z. B. das Bergarbeiterprogramm, das auf dem Kongress des zweiten Distrikts in Dubois (Pensylvanien) am 22. Febr. 1921 einstimmig angenommen wurde. Nationalisierung der Bergwerke; Sechsstundentag und Fünftagswoche sind seine grundlegenden Forderungen. Diese Forderungen entsprechen der Konstitution der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas und den Forderungen, die auf dem Allgemeinen Bergarbeiterkongress in Cleveland 1919 erhoben wurden. Ohne Zweifel sind sich die Bergarbeiter bewußt, daß Nationalisierung der Bergwerke einen grundsätzlichen Bruch mit der bisherigen Betriebsführung bedeutet: „Solange Gewinne das Ziel einer Industrie sind, kann Sicherheit nicht ihr erstes Interesse sein. Gesundheit und Sicherheit sind die Stiefkinder rein geschäftlicher Unternehmungen. Die Betriebsleitung fühlt sich nicht in erster Linie dem Publikum und den Bergarbeitern verpflichtet, sondern den Aktionären, die Gewinne fordern.“ Mit einem gewissen Hohn erklären die Bergarbeiter: „Wir haben für die Selbstbestimmung der kleinen Nationen jenseits des Ozeans und überall in der Welt gestritten. Aber wir haben noch nicht volle Selbstbestimmung für unsere eigene Gruppe, für die Vereinigten Bergarbeiter Amerikas erkämpft. Wir besitzen noch nicht die Selbstbestimmung über unsere Arbeitsbedingungen.“ Kampf ist die Parole: „Die Internationale der Vereinigten Bergarbeiter wird nie eine mächtige Armee werden, wenn nicht die Ortsgruppen Kampfeinheiten werden — ein handvoll Wildkatzen.“

Diese Erscheinungen beweisen, wie gleichgültig im Kampf der Arbeiterschaft die Übereinstimmung der Ziele, die doktrinaire Einheit ist. Die wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft drängen, zumal in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und erstarkender Reaktion, die Arbeiter überall zu den gleichen Forderungen. Nationale Verschiedenheiten (im Sprachgebrauch des Westens bedeutet dies staatliche Verschiedenheiten. Anmerk. d. Red.) in der Formierung sind selbstverständlich. Es hängt von den besonderen Verhältnissen jedes Landes ab, ob die Forderungen mehr oder weniger weitgehend sind.

Gompers ist gegen eine wachsende Opposition zum Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes gewählt worden. Das war ein bezeichnendes Symptom für den neuen Geist in den amerikanischen Gewerkschaften. Viel wichtiger aber ist, daß die Opposition gegen die Nationalisierung der Eisenbahnen restlos verschwunden ist. „Obwohl dergleichen revolutionäre Grundsätze drei Monate früher als „stets unerbittlich bekämpft“ hingestellt wurden.

Rockefeller in Deutschland.

Diese Mitteilung brachten vor kurzer Zeit mehrere Blätter als kleine Notiz mitten unter anderen persönlichen Mitteilungen. Die Notiz sagt auch, was Herr Rockefeller, der amerikanische Milliardär, in Deutschland macht. Er habe vor mehreren Tagen in Hannover gewohnt, halte sich jetzt einige Tage in Göttingen auf, wo er vor mehreren Jahren einige Semester Vorlesungen hörte. Er hat bloß „einige industrielle Unternehmungen am Harz und in der Nähe Göttingens käuflich erworben“. Herr Rockefeller hat doch sicher in Amerika auch „einige industrielle Unternehmungen“, warum kauft er noch in Deutschland? Er hat gutes Geld in der Tasche! Für einen Dollar kann er sich nicht weniger als 94 Mark kaufen. Sagen wir, er hat um 3,000,000 Mark „eingekauft“. Er greift in die Tasche und legt 31 Scheine zu 1000 Dollar hin, oder, da solche Herren lieber Checkbücher bei sich tragen, Herren lieber Checkbücher bei sich tragen, was einfacher ist als die vielen Noten schleppen, reißt er einen Check auf diesen Betrag aus und das Geschäft ist fertig!

Was Herr Rockefeller beabsichtigt, ist nicht gesagt; wird er selbst produzieren oder spekuliert er. Wenn er selbst produziert, macht er auch ein gutes Geschäft. Er zahlt dem deutschen Arbeiter einen halben Dollar pro Tag, das sind 47 Mark (dem amerikanischen Arbeiter muß er 8 Dollar zahlen). Oder er spekuliert, wartet ein halbes Jahr, die Mark steigt, sodaß 3,000,000 Mark dann 75,000 Dollar sind und Herr Rockefeller hat (75,000 Dollar weniger Kaufpreis 31,000 Dollar), 44,000 Dollar verdient. Solche Einkäufe kann Herr Rockefeller täglich machen und verdient ein hübsches Geld, denn 44,000 Dollar sind rund vier Millionen Mark.

Diese Ziffern illustrieren das Elend der heutigen Wirtschaftslage auf der ganzen Welt. Auch Amerika ist davon nicht verschont. Die ausländischen Bankiers mit den großen Exporteuren der europäischen Zentralstaaten drücken die Valuta der Mark und Krone. Die Folge ist, daß Amerika, das dem Arbeiter zehnmal höhere Löhne zahlen muß als Deutschland mit seiner schlechten Mark, nicht mehr mit Deutschland konkurrieren kann, der amerikanische Industrielle schließt seine Fabriken. Das Verdienen braucht er aber nicht einzustellen. Er fährt, wie Herr Rockefeller, nach Deutschland, kauft ein, exportiert die Ware nach Amerika und füllt sich die Tasche mit dem Gewinn aus dem Valutaunterschied. Um zehn Dollar, etwa 900 Mark, kauft der amerikanische Konfektionär in Deutschland einen Anzug. In Amerika kostete derselbe Anzug bereits im Frieden an dreißig Dollar, kostet jetzt das Doppelte, d. i. sechzig Dollar und der Konfektionär verdient fünfzig Dollar an einem Anzug. Es ist richtig, daß Amerika die Einfuhrzölle erhöhte, trotzdem aber bleibt noch ein horrender Verdienst an der Auslandsware, jedenfalls ein größerer als wenn er dieselbe Ware in Amerika herstellt. Ebenso macht es der deutsche Exporteur, er verkauft seine Ware gegen Dollars nach Amerika, für den inländischen Konsumenten produziert er nichts, daran verdient er ja wenig; darum erhebt sich ein großer Jammer in deutschen Exporteurkreisen, wenn der Kurs der Mark steigt, denn der Export ist bedroht, der deutsche Konsument mit seiner elenden Mark ist nicht kaufkräftig, für den steht es nicht dafür, zu produzieren.

Und was ist die Folge hiervon für Amerika? Die Fabriken stehen, der Arbeiter wird auf die Gasse geworfen und tatsächlich lesen wir von Millionen Arbeitslosen in Amerika! Das geniert aber den Milliardär Rockefeller nicht im geringsten, denn er habe noch nie soviel verdient, wie jetzt, da seine Industrie steht. Allerdings lesen wir auch von Tausenden von Konkursen in Amerika, solcher Unternehmungen, die während des Krieges emporgeschossen sind. Auch daraus ergibt sich eine große Arbeitslosigkeit, die Arbeiter dieser Unternehmungen sind brotlos.

Nicht genug an den Kriegsgewinnen, streben die Kapitalisten noch größere Nachkriegsgewinne an — und es gelingt ihnen durch Ausrauben der Besiegten. Dies geschieht, wie wir es an unserem Körper verspüren, mit Hilfe der Niederhaltung der Valuta. Das Geschäft blüht wie nie im Kriege. Die Besiegten müssen Rohstoffe kaufen, der Amerikaner gibt sie gerne — gegen Zahlung in Gold. Zwei Drittel des Weltvorrates an Gold ist in Amerika aufgestapelt. Es liegt in den Banken von Rockefeller, Vanderbilt, Morgan.

Reiseerzählung aus der Schweiz und aus dem Pustertal.

Ein kurzer Aufenthalt in den Kantonen Schwyz und Zürich belehrte mich, daß auch im Lande der hohen Valuta Unzufriedenheit herrscht. Die Lebenshaltung ist noch immer sehr teuer und daher steigt die Arbeitslosigkeit. Da der Export, auf welchen die Schweizer Industrie angewiesen ist, durch die hohe Valuta sehr erschwert ist, halten sich die Schweizer Exporteure für billigere Exportpreise am Inlande schadlos. Daher sind viele Schweizer Industrieartikel trotz Zoll, Frachtspesen und Zwischengewinn daselbst teurer als bei uns, Kondensmilch z. B. um etwa 25%. Die Schweizer Kaufmannschaft weigert sich noch immer im Detail die Preise abzubauen, und um scheinbar dem Käufer entgegenzukommen und der großen Leere in den Geschäften abzuhelfen, wird vielfach minderwertige Ware angeboten. So kauft der Schweizer zu Hause teuer und schlecht. Der Haushalt einer Züricher Arbeiterfamilie

mit zwei Kindern kostet monatlich ohne Miete gegen 600 Franken. Kohle ist für den Arbeiter unerschwinglich, sie kostet nach der heurigen 100%igen Verbilligung 30 Fr. für 100 kg, und auch Holz ist in dem holzarmen Lande teuer. In besseren Wohnungen finden sich durchwegs Gaskochherde und das Nutzgas ist relativ billig, etwa 45 Cent. per Kubikmeter. Da die Mieter nicht gesetzlich geschützt sind, sind Wohnungen und Lokalieten ausserordentlich hoch. Mittlere Geschäftslokalkitäten in der Züricher Bahnhofstrasse kosten gegen 30,000 Franken jährlich. Die Steuern in den einzelnen Kantonen sind verschieden hoch, sodaß aus einigen Kantonen abgewandert wird, in anderen Wohnnot herrscht. Die großen Prachthotels stehen überall ziemlich leer, denn der ersetzte Fremdenstrom aus Amerika ist ausgeblieben, da sich die Amerikaner um noch viel weniger Geld die übrige Welt ansehen können. Allerdings bietet die Schweiz nebst Naturschönheit und Bequemlichkeit dem Fremden auch eine kleine politische Kuriosität, die Landsgemeinde, welche noch immer in einigen Kantonen zusammenzurufen wird. (Die Bürger eines Kantons werden durch Anschläge auf den Marktplatz der größten Stadt gebeten, wo sie kantonal Gesetzesvor schläge des Senats abstimmen und selbst nicht angemeldete Vorschläge machen können.) Als im Juli dieses Jahres eine sozialdemokratische Mehrheit im Zürcher Stadtrat die Arbeitslosenunterstützung auch auf die „Landfremden“ Arbeiter ausdehnte, beklagten sich die Bürgerlichen in der „Zürcher Zeitung“, dass Verordnungen heimtückischerweise durchgedrückt werden, wenn sie auf Sommerurlaub sind. — Die größte Not, die Arbeitslosigkeit, eine Folge der vielen industriellen Faillements, wird von den Kantonalregierungen und der Bundesregierung durch öffentliche Arbeiten zu lindern gesucht. Die Elektrifizierung der Bundesbahn wird geplant. Breite Schichten auch der armeren Bevölkerung treiben Valutaspekulation. Gesellschaften werden gegründet, um die Leute zum Börsenspiel zu verleiten. Zirkulare mit goldenen Versprechungen werden in die Häuser gesandt und man hat weiter nichts zu tun, als seinen Namen zu zeichnen, um beim nächsten Falle der österreichischen Krone — ruiniert zu sein.

Die Unzufriedenheit erweckt ein sehr gesteigertes, religiöses Bedürfnis. Im protestantischen Zürich findet man ein leidenschaftliches Suchen nach neuen religiösen Formen. Gegenwärtig vereinigen mehr als 25 Sekten des Sonntags und meist auch einmal der Woche ihre Anhänger zur Andacht und Belehrung. Die Zahl der Sekten wächst schnell. Im katholischen Kanton Schwyz bringen die katholischen Blätter glühende Berichte von Wundern, welche als Mahnungen ausgedeutet werden, daß die schwersten Zeiten erst kommen.

Wenn man von Innsbruck ins Pustertal fährt, eine Reise, die der schlechten Anschlüsse wegen dreimal soviel Zeit erfordert, als im Frieden, wird man zunächst auf der Brennerbahn durch italienische Aufschriften und italienische Beamten, die italienisch falsche Auskünfte, in anderen Sprachen aber überhaupt keine Antworten geben, erschreckt. Wenn man aber nach „La Fortezza“ — Franzensfeste und ins Pustertal kommt, wo es keine italienischen Aufschriften auf den Stationsgebäuden (und keine italienischen Poststempel) gibt, erkennt man, daß die Italianisierung der Brennerbahn eine Prestige-Angelegenheit ist, welche die geographischen Begriffe der Reisenden aus den siegreichen Staaten verwirren soll. Im Pustertal aber ist es friedlich. Seine Bewohner, meist Bauern und kleine Gewerbetreibende, sind zufrieden. Wenn sie auch seufzen, wenn Österreich genannt wird, so geben sie zu, daß sie nicht zu klagen haben. Kriegsteuern sind ihnen erspart geblieben, sie zahlen vorläufig noch annähernd die Vorkriegssteuern und werden demnächst zu den regulären italienischen Steuern übergehen. Auch zur Rekrutierung kommen die Deutschen erst nächsten Frühling und wenn man davon spricht, so sagt der deutsche Bauer: „Wir geh'n aber nicht!“ In jedem Auto gibt es mindestens einen deutschsprechenden italienischen Beamten, ferner italienische Gendarmerie und Soldaten und italienische Drucksorten im Amtsvorkehr. In größeren Orten hat der Staat italienische Schulen eingerichtet, z. B. eine in Bruneck, doch wird auf die Bevölkerung nicht der mindeste Zwang ausgeübt. Die Beamten sind besonders zufriedengestellt worden, da ihnen in den ersten Nachkriegsjahren mit Lebensmitteln reichlich geholfen wurde und ihre Bezüge gut sind. Man findet auch Beamte, Eisenbahner z. B., die für den neuen Staat, da ihre Heimatgemeinde in Deutschösterreich liegt, nicht optieren wollen. Diese wurden in keiner anderen Weise als mit den Worten: „Warum optieren Sie nicht, gefällt es Ihnen nicht bei uns?“ befragt. Der Staat belästigt sie im Dienste, da er im Pustertal nur deutschsprechende Beamte verwendet und an solchen Mangel ist. Die Preise der Lebensmittel betragen ungefähr in Lire soviel, wie ehemals in Kronen. Sehr trüblich wirkt der fühlbare Preisabbau, besonders in Schlafwägen. Im italienischen Gebiete ist es allerdings schon weit billiger als in Deutsch-Südtirol, dafür fühlen die deutschen Bewohner dieser Alpentäler nichts von den Strassenkämpfen der Fasziaten und Kommunisten, die nicht weiter wördlich als Borez auftraten. M. P.

Verantwortlich: Dr. Ludwig Eger und Karl Terzag. Redaktionsrat: Dr. Emil Strauß. Druck: Arbeitergesellschaft Triebna, Prag.

Engelmann & Co

Čeltná 30 PRAG I. Čeltná 30

vis-à-vis Café „Roter Adler“

Herrn-Anzüge von Kč 490.—	Knabenanzüge von Kč 320.—
Herrn-Überzieher „ „ 400.—	Knaben-Raglan „ „ 350.—
Herrn-Schleifer „ „ 450.—	Knaben-Schleifer „ „ 340.—
Herrn-Kimonoraglan „ „ 450.—	Kinder-Kostüme „ „ 160.—
Herrn-Gummimäntel „ „ 360.—	Matrosen-Kostüme „ „ 220.—
Impr. Walle „ „ 800.—	Manchest.-Kostüme „ „ 260.—
Herrn-Hose „ „ 130.—	Kinder-Hüschon „ „ 45.—

Paleots, Stadt- und Wirtschaftspelze, Stadtsaccos, Mikado, Breechshosen.

Sämtliche Waren aus reinen Wollstoffen, solid und modern ausgefertigt. Eigene Werkstätte. Spezielle Massabteilung. Organisierte erhalten Rabatt. 20

Optiker Deutsch

Graben 25 Prager K. Bazar
10 Moderne Brillen, Zwicker, Reisszeuge.

Für die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ in Prag werden für die deutschen Provinzstädte in der tschechoslowakischen Republik tüchtige

Inseratenvertreter

gegen Provision gesucht. Zuschriften nur von seriösen Bewerbern unter Chiffre „Tagblatt“ an die Verwaltung erbeten.



BÜRSTEN

Anstreich- u. Rasierpinsel

in erstkl. Ausführung nach Nürnberger Art liefert direkt an Konsumvereine und Gewerkschaften
S. ADLER, 6
Bürsten-, Pinsel- u. Holzwarenfabrik
Ges. m. b. H., Markt Eisenstein, Böhm. Wald.

Letzte Woche! Letzte Woche!

Grosser Ausverkauf

der von der Saison zurückgebliebenen Waren!

75 cm frische Webe	K 11.—
80 cm Kaliko	K 9.—
120 cm starkes Kaliko für Bettücher	K 16.—
80 cm Russischleinen weiss für Damenkleider	K 11.—
82 cm Atlasgradl für Bettwäsche	K 16.—
120 cm Inlett, gelb	K 16.—
70 cm Hemdenstoff, prima	K 11.—
110 cm Kleiderstoff, Pepita	K 22.—
110 cm Kleiderstoff, rein Wolle	K 52.—

Wäsche für Männer, Frauen u. Kinder

Herrenhemden:

Kaliko mit Brust	Kč 26.—
Oxford	32.—
Zefir, prima	40.—
Zefir, hochfein gewaschen	60.—

Damenhemden:

Kaliko	Kč 24.—
Chiffon mit Ärmeln	31.—
Chiffon Reform	31.—
Chiffon mit Stickerei	38.—
Chiffon, hochfein mit Stickerei	42.—

Herrenunterhosen:

Kaliko mit Zug	Kč 22.—
Blau mit Zug	26.—
Köper weiss mit Zug	30.—
Gradl weiss mit Zug	37.—
Gradl weiss mit franz. Gurt	42.—
Gradl weiss mit franz. Gurt verziert	52.—
Herrenoberhosenzeug	50.—
Schlosser- und Monteuranzüge	85.—

Ferner befinden sich auf Lager: Kinderwäsche, Unterröcke und Schürzen, welche ebenfalls billig verkauft werden. 23
Nichtpassendes nehme zurück und sende Geld retour!
Weberei und Wäschefabrik Otto Katz, Prag I., Čeltná 14, I. Stock.



Wie ein Märchen ist die Arbeit bei unserer Büroeinrichtung.
„Jerry“, Gesellsch. für Büro-Einrichtung, Prag II-1646
Telephon 3312. Vladislavova ul. Nr. 13. Telephon 3312

ADREMA-ADRESSIER MASCHINEN

für kaufmännische und politische Propagandazwecke.

Verbände, Vereine und Gewerkschaften verlangen Prospekte u. Spezialbroschüren

Für alle Zwecke Spezial-Modelle!

Prager Mustermesse: Pavillon G, Stand 1514.

Adrema-Büro-Maschinen

PRAG I., NARODNÍ TR. 23a

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!

Slawische 21

Lebensversicherungs-Anstalt in PRAG.

Akt.-Ges., Prag II, Václavské náměstí 62, übernimmt Lebensversicherungen ohne ärztliche Untersuchung bis 5000 K.— mit sofortiger voller Gültigkeit, ohne jede Karenzfrist. Bei Versicherungen mit ärztlichen Untersuchungen bietet günstigste Bedingungen bei billigsten Prämien. Vertreter werden an allen Orten angestellt.

Prager Bäckereimaschinen- u. Backofenfabrik, Prag-Straschnitz

Liefert billigst:

Misch- und Knetmaschinen, Teig-, Teil- und Siebmaschinen, Auszugdampf-Backöfen, Einschliess-Dampf-Backöfen, Rostbacköfen mit rauchloser Feuerung. Komplette Einrichtungen von Bäckereien.

Erstklassige Ausführung! Messestand Prager Messe Nr 4142.

Offerte und Abbildungen auf Verlangen kostenlos. 13



zu haben in allen Konsum-Vereinen. 47

Bibliotheken

jedes Umfanges für Gemeinden, Organisationen, Vereine, Cewerkschaften, Industriebetriebe, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt und ergänzt durch die 26
Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönan
Theresiengasse 18.

Gastwirtschaft

„Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Prag II., Hybernská 7.

Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke. Trümpfer aufgehoben!

Neu-, Zu- und Umbauten

für Privat, Gemeinden, Industrie und Landwirtschaft. Projektverfassung u. Bauleitung für alle Bauarbeiten.

Baukontrolle

während der Ausführung.

Revisionen

der Abrechnungen für hier und auswärts übernimmt Firma

Robert Beutel, Baumeister Aussig, Goethestrasse 15.
Telephon 691/VIII. Gegenüber der Hauptpost.

Verlangt 14

in Drogerien und Konsumvereinen

„BRILANTOL“
beste Kleiderstofffarbe.

Bücher und Broschüren aller Art

liefert zu den günstigsten Bedingungen 16
Volksbuchhandlung

Ernst Sattler, Karlsbad.

Spezialhaus für 4
Spitzen, Stickerei, Tulle
Vorhänge
H. R. Rmschelberg
Prag, ulice 28. Fýna 1.

Libaner

Presshefe

besten Qualität offeriert
Libaner Presshefe-Handels-Gesellsch.
Zentrale: Prag, Rybní ulice 13.
Fabrik: Liban. 25